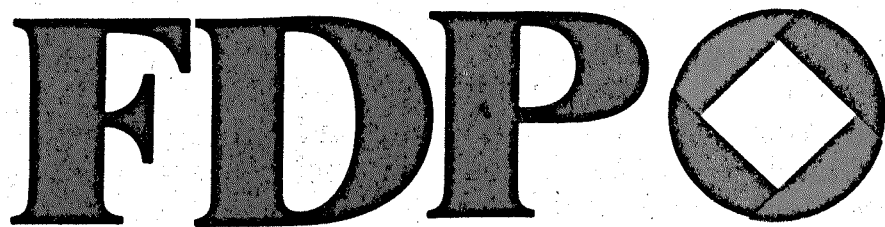


5803

AZ 3001 Bern

Der Freisinn



Nr. 9
September 1983
5. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 251 32 32

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Rothenthurm:
Die Armee schützt eine Hochmoorlandschaft

Armeefeindliche Spreu und naturschützerischer Weizen

Mit einem erstaunlich eindeutigen Entscheid zuhanden des Plenums hat sich die Militärkommission des Nationalrates hinter den Beschluss des Ständerates vom Juni dieses Jahres gestellt. Das Waffenplatzprojekt Rothenthurm soll vollumfänglich, also inklusive des umstrittenen «Aufklärungsgeländes» (besser Uebungsgeländes), verortet werden. FDP-Nationalrat Dr. Willy Lorenz, Zofingen.

Bekanntlich formulierte die kleine Kammer zusätzliche (auch grossflächige) Naturschutzauflagen und erteilte in diesem Zusammenhang dem Bundesrat Verfügungsspielraum in der Meinung, dass anstelle der vorgesehenen Enteignungen langfristige Nutzungsverträge abzuschliessen seien. Man konnte danach etwelche

Zweifel am Ausbildungswert des Aufklärungsgeländes (Uebungsgeländes) hegen. Im Ständerat fiel in diesem Zusammenhang das Wort, dass ein Waffenplatz kein «Naturlehrpfad» sei. Kann in einem mit derartigen Auflagen belasteten Gelände ein Aufklärungs- oder Radfahrerverband in Gruppen- und Zugsstärke noch einigermaßen abwechslungsreich trainiert werden? Die Frage kann mit Ja beantwortet werden. Auch auf anderen Waffenplätzen gibt es Einschränkungen, die von der übenden Truppe beachtet werden müssen.

Fehlende Rücksichtnahme auf die Volksinitiative «Zum Schutz der Moore»?

Die in der Volksinitiative enthaltenen Anliegen des Naturschutzes sind, abgesehen von der Uebergangsbestimmung mit ihrem Benennungsbefehl, berechtigt. Die Beschlüsse des Ständerates, denen nun die nationalrätliche Kommission gefolgt ist, kommen diesen Begehren weitgehend entgegen. Der Waffenplatz beansprucht von der gesamten Hochmoorlandschaft lediglich knapp 30 Prozent; und darin sind alle eigentlichen Hochmooreinheiten und Zwischenmoore durch Sperrzonen geschützt!

Trennung Baubotschaft – Volksinitiative

Die parlamentarische Behandlung der sogenannten Baubotschaft 1983, in deren Rahmen der Rothenthurm von 108 Mio. Franken für eine Sache, das Verfahren für eine zustande gekommene Initiative bis zur Volksabstimmung eine andere. Bundesrat und Parlament haben vier Jahre Zeit, Beschluss



zu fassen und allenfalls einen *Genevorschlag* auszuarbeiten. Im vorliegenden Falle könnte ein solcher wenigstens dem Inhalte nach in einer *Ergänzung des Bundesgesetzes über Natur- und Heimatschutz* im Sinne der Initiative (allerdings ohne die Uebergangsbestimmung) bestehen. Es braucht doch nicht gleich eine Verfassungsänderung durch Volk und Stände, wenn neue Bedürfnisse auftauchen, die allenfalls per Paragraph geregelt werden sollen!

Waffenplatz und Naturschutz Hand in Hand

Bis zum Zeitpunkt der parlamentarischen Behandlung der Rothenthurm-Initiative und bis zu einer allfälligen Volksabstimmung wird man erkennen, dass Waffenplatz und Naturschutz auch im Falle von Rothenthurm nicht unvereinbar sind, im Gegenteil! Die Sperrzonen und Betretungsverbote werden wesentlich zur Erhaltung der eigentlichen Hochmoorgebiete in dieser einzigartigen Landschaft zwischen Rothenthurm und Biberbrugg beitragen. Das Waffenplatzprojekt hat denn auch in den Kantonen Zug und Schwyz den Erlass von *kantonalen Schutzverordnungen* über die gesamte Hochmoorlandschaft ausgelöst.

Auch auf den Waffenplätzen Thun und Petit-Hongrin arbeiten Armee und Naturschutz im Interesse der Landschaft zusammen; auch hier gibt es Reservatsgebiete, die von der Truppe weder betreten noch betreten werden dürfen.

fen. Erst kürzlich hat der Sankt-Gallisch-Appenzellische Naturschutzbund sich gegen eine Einschränkung oder gar Aufgabe des Schiessbetriebes der Armee in den Flumserbergen ausgesprochen. Er hat darauf hingewiesen, dass sich bei einem Rückzug der Armee die Landschaft und die Natur viel stärker gefährdende *Massentourismus* in diese Gebiete ergiessen werde. Dieses Phänomen ist im übrigen ansatzweise auch im Gebiet von Rothenthurm festzustellen: Die grosse Publizität um das Waffenplatzprojekt hat den Besucherstrom vervielfacht. Er ergiesst sich kreuz und quer durch das Gebiet, ohne Rücksicht auf die trittempfindlichen Moore.

Die Position der Landwirtschaft

Auch in Rothenthurm geraten sich die Interessen der Landwirtschaft einerseits und des Naturschutzes andererseits in die Haare. Die heute auf die Motorisierung und Mechanisierung angewiesene Landwirtschaft (Personalproblem!) hat an sumpfigen und moorigen Wiesen kein grosses Interesse. Ihr Bestreben geht eher auf Trockenlegung und Urbarmachung denn auf Erhaltung.

Entspannung in Sicht?

Es besteht kein Zweifel, dass der Nationalrat in der September-Session seiner Kommission folgen wird. Denn das mühsame Ringen im Ständerat und die nachfolgende intensive weitere Prüfung des komplexen Problemkreises in der nationalrätlichen Militärkommission haben die Situation geklärt. Nach dem Ja der eidgenössischen Räte zu Rothenthurm liegt der Ball dann beim Bundesrat und beim EMD. Auf deren Geschick im Verhandeln und im Abwägen der Interessen von Armee, Natur- und Landschaftsschutz sowie Landwirtschaft wird es ankommen, ob in Rothenthurm langsam eine Entspannung eintreten kann. Mir will scheinen, dass die Zeichen dafür günstiger stehen als je in den letzten zwei Jahren: Weil sich nämlich nun die (armeefeindliche) *Spreu* vom (naturschützerischen) *Weizen* scheiden wird.

Ein Dauerbrenner der eidgenössischen Finanzpolitik

Kalte Progression – Steckenpferd des Freisinns?

Die Forderung nach Beseitigung der Folgen der kalten Progression ist kein freisinniges Stecken- oder Paradedpferd, sondern ein echtes Anliegen der Steuergerechtigkeit, das allerdings seit Jahren – und nicht erst auf Wahlzeiten hin – von freisinnigen Parlamentariern in vorderster Front konsequent verfochten wird. Dies stellt FDP-Ständerat Dr. Max Affolter, Olten, fest:

Nicht zuletzt diesen Bemühungen von freisinniger Seite ist es zuzuschreiben, dass kalte Progression heute auch im Volk nicht mehr nur nichtssagendes Fremdwort bedeutet. Der Bürger und Steuerzahler weiss heute um die zusätzliche Steuerbelastung, die sich für ihn bei teuerungsbefindlichen Lohnerhöhungen dadurch ergibt, dass er in eine höhere Progressionsstufe hineinrutscht, ohne dass er real mehr verdient. Der Steuerzahler weiss heute auch, dass solche Mehrbelastungen und die sich daraus ergebenden Mehreinnahmen für den Bund willkürlich, ungerecht und darüber hinaus noch verfassungswidrig sind.

Nationales Aergernis

Dieser Kampf gegen ein nationales Aergernis hat schon im Zusammenhang mit der Weiterführung der Bundesfinanzordnung 1980/81 eingesetzt. Die damals ungenügenden und sehr pragmatisch anmutenden Korrekturen führten zu freisinnigen Motionen im Ständerat und im Nationalrat, Vorstösse, die von Anfang an auch nachhaltige Unterstützung der grossen Angestelltenverbände erhielten. Der Bundesrat beharrte vorerst auf seiner Weigerung, dem klaren und undiskutablen Verfassungsauftrag nachzukommen.

Im Ständerat lehnte ich die mir nahegelegte Umwandlung meiner Motion in ein unverbindliches Postulat ab; der Vorstoss wurde hierauf von der geschlossenen SP-Fraktion, die nichts von einer entsprechenden Gesetzesvorlage wis-



sen wollte, und von der Mehrheit der CVP-Ständeräte, die das Anliegen als höchstens «mittelfristig» erfüllbar einstufen, gebodigt. Die Vorstösse im Nationalrat erlitten ein ähnliches Schicksal.

Initiative machte Beine

In dieser Situation half nur noch der Weg über eine Volksinitiative, die – wiederum unter freisinniger Führung, aber mit breiter Unterstützung aus anderen bürgerlichen Parteien – nach knapp einjähriger Sammelzeit mit gegen 120 000 Unterschriften zustande

Fortsetzung auf Seite 4

Was dieser «Freisinn» bringt:	Seite
Wie hält's die SPS mit der Landesverteidigung?	3
Gespräch mit Bundesrat Chevallaz	5
Warum die «Grünen» keine Lösung sind	7
Freisinnige Frauenpolitik: Im Mittelpunkt steht der Mensch	8
FDP-Positionen zur Jugendpolitik	8
SBB: Vom Wunder- zum Sorgenkind	11

Sparen? Dann zur SKA.



Wie die Internationale Energie-Agentur die Zukunft sieht

Ausblick aufs Jahr 2000

Was ist vom jüngsten Rückgang der Rohölpreise zu halten? Vom billigeren Erdöl erhofft man eine Entlastung der Leistungsbilanzen, eine Eindämmung der Inflation, noch mehr Raum für Zinssenkungen und andere Impulse, die die Ueberwindung der Rezession beschleunigen könnten. Aber auf längere Sicht drängen sich auch anders gartete Ueberlegungen in den Vordergrund.

Auf die negativen Aspekte der Erdölbaisse weist die Internationale Energie-Agentur (IEA) hin, eine Zweigstelle der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). In ihrer neuesten Vorausschau befürchtet sie voll Sorge, dass ein baissbedingtes Nachlassen der weltweiten Bemühungen, Rohöl einzusparen und durch andere Energieträger zu ersetzen, über kurz oder lang zu ähnlichen Zuständen führen würde, wie sie vor der Oelkrise des Jahres 1973 bestanden. Wenn nämlich der Eindruck aufkäme, jeder zusätzliche Bedarf könne zu wirtschaftlich tragbaren Preisen mittels Mineralöl gedeckt werden, stände zu erwarten, dass der Energieverbrauch, der seit Mitte der siebziger Jahre im OECD-Raum deutlich hinter der Wachstumsrate zurückblieb, sich erneut dem Wirtschaftswachstum angleichen würde. Weil die Oelreserven aber ihrer Natur nach begrenzt sind und weil zwei Drittel der heute nachgewiesenen Ressourcen im Bereich der politisch, ökonomisch und sozial wenig verlässlichen Opec-Länder liegen, sähen sich deren Regierungen bei einem Wiederanstieg der Erdölnachfrage abermals in die Lage versetzt, beträchtliche Preissteigerungen zu erzwingen und sich den Markt durch Pressionen bekannter Art gefügig zu machen.

Zukunft des Erdöls

Nach den Erhebungen der IEA dürften die nachgewiesenen Erdölreserven noch für rund 25 bis 30 Jahre reichen, sofern sich die Fördermengen auf dem Stand des Jahres 1980 halten. Freilich werden auch heute immer wieder neue ausbeutbare Oelvorkommen entdeckt. Doch zeigt die Erfahrung der letzten Jahrzehnte, dass die neuen Funde im Verhältnis zur Jahresförderung immer kleiner werden. In den fünfziger Jahren überstiegen sie die Fördermengen um das Fünffache und in

den sechziger Jahren noch um das Dreifache; aber während der zweiten Hälfte der siebziger Jahre kamen sie nur zu rund neun Zehnteln einer Jahresausbeute gleich. Auf Grund dieser beiden Entwicklungsreihen glaubt die IEA vorausschätzen zu können, dass — wenn sich nichts Unerwartetes ereignet — die Rohölgewinnung im Laufe der achtziger Jahre nochmals leicht ansteigen, hernach während dreier Jahrzehnte bei einer Tagesförderung von 67 Millionen Barrel (1 Barrel=159 Liter) praktisch stabil bleiben und vom Jahre 2020 in ziemlich gleichmässigem Rhythmus bis zur völligen Erschöpfung aller Oelressourcen absinken werde. Der Nullpunkt dürfte gemäss IEA ums Jahr 2100 erreicht sein.

Substitutionsprobleme

Erdgas gilt als handlicher und umweltfreundlicher Energieträger; doch wird er nach den Berechnungen und Schätzungen der IEA nicht einmal so lange reichen wie Erdöl, nämlich nur bis zum Jahre 2010 gemäss den nachgewiesenen und bis zum Jahre 2050 bzw. 2090 gemäss den mutmasslichen Reserven. Kohle könnte, am Heizwert gemessen, der Menschheit rund fünfmal länger dienen als Rohöl, und ihre Ressourcen befinden sich hauptsächlich in Ländern, die als Lieferanten verlässlicher erscheinen als die wichtigsten Erdölanbieter. Aber anders als beim Erdgas wirft die Kohlenausbeute und besonders die Kohlenverbrennung eine Reihe noch ungelöster Umweltprobleme auf.

Beträchtliche Bedeutung misst die IEA der Kernkraft bei, und zwar sieht sie die Substitutionsmöglichkeiten vor allem auf dem Wege der Elektrizitätserzeugung. Die Stromproduktion ist allerdings ein energieintensives Verfahren; doch auf Endverbrauchsstufe erweist sich die Elektrizität nicht nur als zweckmässige, son-

dern auch als effiziente Energiequelle. Allein während der Zeitspanne 1976 — 80 erhöhte sich der Anteil der Kernkraft an der Stromerzeugung im OECD-Raum von 5 auf 11 Prozent der Gesamtproduktion, derweil der Anteil des Erdöls von 24 auf 17 Prozent zurückging. Zusätzlich zur Elektrizitätsproduktion räumt die IEA der kombinierten Erzeugung von Kraft und Wärme zum Zwecke der Fernheizung reale Chancen ein. Um so mehr bedauert sie, dass die technischen Argumente, die es erlauben würden, den Oelersatz durch Kernkraft merklich zu erleichtern und zu beschleunigen, in vielen Ländern auf starke Widerstände stossen. Die Zahl der Bestellungen von Kernreaktoren ist im Laufe der letzten zehn Jahre auf weniger als die Hälfte zurückgegangen, und gleichzeitig verlängerte sich die Vorbereitungs- und Bauzeit für Kernkraftwerke aus politischen und administrativen Gründen um ungefähr ein Drittel.

Alternative Technologien

Die regenerierbaren Energieformen, an die mancherorts grosse Erwartungen geknüpft werden, versprechen nach den Vorausschätzungen der IEA auch für die Zukunft nicht viel. Die bedeutendsten ihrer Art, namentlich die Nutzung der Sonnenenergie mittels direkter Einstrahlung oder mittels Verwendung von Siliziumzellen, die Nutzung des Windes, der Erdwärme und der Biomasse bieten schon heute unter bestimmten klimatischen, regionalen und lokalen Voraussetzungen gewisse beschränkte Möglichkeiten. Aber mangels genügender Energiedichte geben sie nur wenig her, woran sich auch fortan nichts ändern lässt.

Dies erkennen wir z. B. daran, dass — um die Kraft des Windes einzufangen — Stahlgestelle von mehr als hundert Metern Höhe mit Rotoren von beinahe fünfzig Metern Länge notwendig wären. Weil jedoch jedes dieser Riesenwindräder nur rund drei Megawatt leistet, müssten deren mindestens dreihundert in die Landschaft gesetzt werden, um ein einziges Kernkraftwerk normalen Umfangs (rund 1000 Megawatt) entbehren zu machen. Und wenn irgendwann die Nutzung der Sonnenenergie mittels Siliziumzellen, die das Licht direkt in Strom umwandeln, wirtschaftlich werden sollte, brauchte es, auf schweizerische Verhältnisse bezogen, eine Stromanlage vom Ausmass des Thunersees, um die Leistung eines nuklearen Kraft-

Wichtiger Schritt vorwärts

Schulkoordinations-Initiativkomitee begrüsst Bundesratsentscheid

Mit Befriedigung hat das von Nationalrat Burkhard Vetsch (FDP), Balgach, präsidierte Initiativkomitee «für die Koordination des Schuljahresbeginns in allen Kantonen» vom Vorschlag des Bundesrates Kenntnis genommen, mit einem neuen Verfassungsartikel den Schuljahresbeginn in der ganzen Schweiz einheitlich auf eine Periode zwischen Mitte August und Mitte September festzulegen. Die Initianten sind erfreut über die überwiegend positiven Stellungnahmen im Vernehmlassungsverfahren zu ihrem Volksbegehren. Dieses positive Echo hat es dem Bundesrat ermöglicht, einen Gegenvorschlag zur Initiative vorzuschlagen, mit welchem bereits auf Verfassungsebene der Spätsommerschulbeginn festgelegt wird. Mit diesem Vorgehen werden — falls Volk und Stände zustimmen — einige Jahre gewonnen. Falls das Parlament sich dem Bundesrat anschliessen kann, ist das Initiativkomitee bereit, sein Volksbegehren zugunsten des Gegenvorschlags zurückzuziehen.

Die Initiative «für die Koordination des Schuljahresbeginns in allen Kantonen» war von zwölf FDP-Kantonalparteien lanciert worden. Das Volksbegehren wurde 1981 eingereicht. Es verlangt einen Verfassungsartikel, wonach die Bundesgesetzgebung die Jahreszeit festlegt, in der das Schuljahr beginnt.

werks wie Gösgen oder Leibstadt zu erreichen.

Solche Relationen muss man sich vor Augen halten, um die Skepsis zu verstehen, die die Internationale Energie-Agentur den sogenannten sanften Energien entgegenbringt. Sie bezweifelt, ob im Jahre 1990 auch nur 0,2 Prozent der gesamten Primärenergie im OECD-Raum aus jenen Quellen stammen werden, und sie schätzt den Anteil der Sonnen-, Wind-, geothermischen und Biomasse-Energie fürs Jahr 2000 auf rund ein Prozent des Gesamtbedarfs ein. In diesem Lichte muten die grossen Hoffnungen, die manche Kreise auf solche Lösungen setzen, reichlich übertrieben an.



Konsequenzen aus der Stellenplafonierung ziehen

FDP-Ausschuss fordert flexible Handhabung

Die Begrenzung der Personalbestände in der Verwaltung und in den Bundesbetrieben ist aus wirtschaftlichen wie staatspolitischen Gründen zu begrüssen. Diese Ansicht vertritt die von Nationalrat Kurt Schüle (SH) präsidierte Arbeitsgruppe für öffentliches Personal der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP). Diese setzte sich mit den Konsequenzen der Beschlüsse der eidgenössischen Räte auseinander, wonach die Ende 1974 in der Bundesverwaltung eingeführte Stellenplafonierung gesetzlich verankert wurde.

Die Stellenplafonierung führt zum erwünschten Zwang der dauernden Überprüfung der zu erbringenden Staatsaufgaben, die sich während der Hochkonjunkturjahre zu rasch und zu stark ausgedehnt haben. Es gilt, Doppelspurigkeiten auszuräumen und Wünschbares vom absolut Notwendigen zu unterscheiden. Da die Belastung innerhalb der Verwaltung und der Betriebe aber nicht gleichmässig ist und ständig ändert, muss nach Meinung des FDP-Gremiums die Personalplafonierung durch den Bundesrat flexibel gehandhabt werden. Es sollte aus den vorhandenen Beständen eine Reserve geschaffen werden zur Bewältigung auftretender Personalengpässe und um sicherzustellen, dass der Bund auch neu auf ihn zukommende Aufgaben bewältigen kann.

Die eidgenössischen Räte werden ebenfalls mithelfen müssen, die staatlichen Aufgaben gezielt zurückzudämmen. In dieser Beziehung fehlt es dem Parlament mindestens bis anhin an der notwendigen Konsequenz. Der parlamentarische Betrieb wirkt sich nach wie vor sehr belastend auf die gesamte Bundesverwaltung aus. Die Arbeitsgruppe öffentliches Personal der FDP ist überzeugt, dass gerade das Parlament selbst der dauernden Aufgabenzunahme beim Bund entgegensteuern muss.

AVIV: Zustimmung

Vorbehalte jedoch zu mehreren Artikeln

Grundsätzliche Zustimmung findet der Verordnungsentwurf über die Obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzschiidung (AVIV) bei der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP). In ihrer Vernehmlassungs-

antwort äussert die Partei jedoch gegenüber mehreren Artikeln Vorbehalte. Insbesondere beantragt sie eine sprachliche Ueberarbeitung des Entwurfs, da sie sprachliche Mängel, komplizierte Formulierungen und ungenügende Koordination mit dem Gesetz feststellte.

Im weiteren verlangt die FDP einen möglichst einfachen Gesetzesvollzug, um unnötigen bürokratischen Aufwand zu vermeiden. Sie plädiert deshalb dafür, den kantonalen Amtsstellen möglichst weitgehende Kompetenzen einzuräumen. Ferner legt die Partei Gewicht darauf, dass die Verordnung organisatorisch sicherstellt, dass Sozialleistungen tatsächlich jenen zu kommen, welche die gesetzlichen Anspruchsvoraussetzungen auch tatsächlich erfüllen.

Für liberale Bankgesetzgebung

Zustimmung der FDP zur Revision des Bankgesetzes

Die Verbesserungen, die das revidierte Bankgesetz den veränderten technischen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen anpassen, werden von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) begrüsst. In ihrer Vernehmlassungsantwort spricht sich die Partei dagegen aus, dass die Revision zum Teil ideologisch motivierter Änderungen wird, die auf eine Veränderung der Ordnung in der Schweiz abzielen. Sie hält ausdrücklich fest, dass sich die geltende Regelung bewährt hat, und geht bei der Revision davon aus, dass dessen liberale Grundzüge erhalten bleiben. Gegenüber verschiedenen Artikeln bringt die Partei Vorbehalte an oder äussert sich kritisch.

Föderalistischen Grundsätzen widerspricht nach Ansicht der FDP die vorgeschlagene Neudefinition der Kantonalbanken. Sie spricht sich deshalb dafür aus, die heutige Regelung beizubehalten. Vorbehalte bringt sie gegenüber der beantragten Umschreibung des Geschäftskreislaufs an, da damit die Innovations- und Anpassungsfähigkeit im Banksektor behindert wird. Bei den Bestimmungen über die Offenlegungspflicht regt sie eine Ueberprüfung der Vorschläge an, da diese mit ihren ambitionierten und perfektionistischen Zielsetzungen zu weit gehen. Unbefriedigend erscheinen der FDP die Anträge zum Einlegerschutz, weshalb sie Modifikationen beantragt. Bei den stillen Reserven spricht sie sich gegen weitergehende Einschränkungen zu deren Bildung bzw. Aufhebung aus, da bereits heute die Eidgenössische Bankkommission die rechtliche Handhabung besitzt, um bei Missbräuchen einzugreifen zu können. Angesichts der Unruhe, welche eine Aenderung des Bankgesetzes auslösen könnte, fragt sich die Partei, ob die für einen Umbau der geltenden Bestimmungen vorgebrachten Gründe wirklich so stichhaltig sind, um die damit verbundenen Nachteile in Kauf zu nehmen. Die integrale Beibehaltung des Bankheimnisses in seinem heutigen Rechtszustand erscheint ihr doch von grösserer Bedeutung.

Der Freisinn

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Redaktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: H. R. Leuenberger, Fürsprecher, und Chr. Beusch. Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung: OFA Orell Füssli Werbe AG, Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich, Telefon (01) 251 32 32. Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich. Einzelnummer Fr. 2.—, Jahresabonnement Fr. 20.—.

Nous sommes tous sur le même bateau, choisissons les meilleurs pour le gouvernail.

Les socialistes sont généreux... avec l'argent des autres.

Wir sind für mehr Freiheit und weniger Staat. Warum stört das gewisse Leute?

«Mehr Freiheit und Selbstverantwortung — weniger Staat» — dieser Slogan, der vor vier Jahren bei den letzten eidgenössischen Wahlen auf ein breites Echo stiess, ist für die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) und ihre Kantonalparteien wiederum die Hauptparole für die bevorstehenden eidgenössischen Wahlen. Auf unserem Bild präsentieren (v. l. n. r.) Nationalrat Dr. Bruno Hunziker (Aarau), Parteipräsident Yann Richter (Neuenburg) sowie Nationalrat Ulrich Bremi (Zollikon, ZH) an einer Pressekonferenz den Medienvertretern die Schwerpunkte freisinniger Politik. (Photo ruti)

Eine Politik der «Wenn» und «Aber»

Das zwielichtige Verhältnis der SPS zur Landesverteidigung

Kaum eine andere sozialdemokratische Partei Westeuropas hat solche Mühe mit ihrem Einsetzen für eine wirkungsvolle militärische Landesverteidigung wie die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS). Grundsätzlich ist die SPS zwar — auch im neuen Parteiprogramm — für die Milizarmee als «Instrument der Aussenpolitik». Dann kommen aber bald die «Wenn» und «Aber». Mit dem zwielichtigen Verhältnis der SPS zur Landesverteidigung hat sich FDP-Kantonsrat Dr. Kurt Müller (Meilen) auseinandergesetzt:

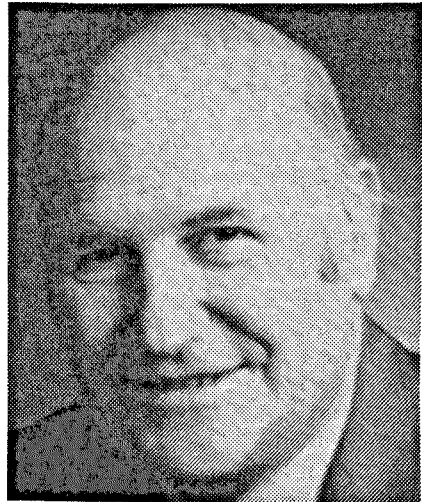
Kurz vor den Sommerferien wurden 111 670 Unterschriften für eine Volksinitiative für das «Rüstungsreferendum» eingereicht. Kredite für die Beschaffung von Kriegsmaterial und militärischen Bauten, die bisher wie andere Kredite von den eidgenössischen Räten beschlossen wurden, sollen also künftig einem Sonderregime unterstellt und dem Referendum unterworfen werden.

Vom linken Flügel überfahren

Die Initiative wurde 1979 vom Parteitag der SPS mit 306 gegen 255 Stimmen gegen den Willen des Parteivorstands beschlossen, dessen Sprecher unter anderem erklärte, die Friedenssicherung sei eine zu ernste Sache, als dass sie den Pazifisten überlassen werden könnte. Das hindert heute allerdings Parteipräsident H. Hubacher nicht, die Initiative mit dem Argument zu verteidigen, sie wolle lediglich die demokratischen Rechte des Volkes erweitern. Tatsache aber ist, dass der SPS-Parteitag damals von den Pazifisten, Armeefeindern und Friedenskämpfern aus dem linken Flügel überfahren wurde — nicht zum erstenmal.

Wichtigstes Vehikel der Anti-Armee-Diskussion

Es hat sich dann bald gezeigt, dass die SPS allein nicht imstande war, die nötigen 100 000 Unterschriften zusammenzubringen, weil in ihren Landsektionen und in den Gewerkschaftskreisen vor allem im Schweizerischen Friedensrat ausgeheckten Machwerk bestand. Um das Zustandekommen der Initiative zu sichern, hat die SPS die Hilfe aus dem kommunistischen und trotzkistischen Lager nicht gescheut, das nicht weniger als 35 000, also rund ein Drittel, der eingereichten Unterschriften beisteuerte. Die Absichten dieser Kreise mit der Initiative sind mehr als klar und kürzlich vom «Maulwurf», der Jugendorganisation der Sozialistischen Arbeiterpartei (früher Revolutionäre Marxistische Liga), deutlich ausgesprochen worden: «Rüstungsreferendum ist wichtigstes Vehikel der Anti-Armee-Diskussion.» Die Äusserung erfolgte übrigens in einem Briefwechsel mit den Jung-



sozialisten über deren Plan zur Lancierung einer Volksinitiative zur Abschaffung der Armee (von der sich die SPS distanziert hat).

Antimilitarismus in der Zwischenkriegszeit

Das Rüstungsreferendum ist jedoch kein vereinzelter Sündenfall, sondern ein Glied in einer Kette. Schon mitten im Ersten Weltkrieg, als 1917 die schweizerische Armee noch den zerstörerischen Krieg von unserem Land fernhielt, sprach sich eine grosse Mehrheit am Parteitag der SPS unter dem Einfluss pazifistischer und revolutionärer Kräfte gegen die Armee, dieses «Mittel der Bourgeoisie zur Aufrechterhaltung einer ungerechten Wirtschafts- und Rechtsordnung», aus. Erst als Hitler bereits in Deutschland die Macht ergriffen hatte und sich eine immer stärkere Bedrohung abzeichnete, entschloss sich die SPS, 1935 im neuen Programm die «Notwendigkeit eines bewaffneten Grenzschutzes», der von einer «antikapitalistischen Volksgemeinschaft getragen sein» müsse, zu befürworten — was sie aber auch nachher noch nicht hinderte, die Verlängerung der Rekrutenschulen und die Wehrleihe abzulehnen. Erst von 1937 an, zwei Jahre vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, wurde die Landesverteidigung vorbehaltlos bejaht. Das Parteiprogramm von 1959 fixierte sodann diese Haltung.

Ungereimtheiten der letzten Jahre

Aber bereits die sogenannte Atomtodkampagne Ende der fünfziger Jahre brachte die SPS wieder in innere Schwierigkeiten, der sie sich nur durch die Lancierung einer eigenen Atomwaffeninitiative II (Referendum gegen Atomwaffen) entziehen konnte. Seither und vor allem seit die Friedensbewegung aktiv geworden ist (SPS-Programm 1983: «Wir bekennen uns zur Friedensbewegung, die im weltweiten Verbund mit allen Menschen in West und Ost, Nord und Süd für das Einfrieren der Atomwaffen kämpft»), wird die Zahl der Ungereimtheiten und Zweideutigkeiten wieder grösser:

- 1974 lehnte die SP-Fraktion der Bundesversammlung den Panzerkredit ab.
- 1979 veröffentlichte die SPS ein «Schwarzbuch EMD», in dem

sie mit zum Teil höchst fragwürdigen Argumenten das EMD, dessen Vorsteher und die Militärpolitik ausfällig angriff. Im gleichen Jahr wurde die Wehrschau in Zürich von Zürcher Sozialdemokraten heftig kritisiert.

- 1982 protestierte die Geschäftsleitung der SPS gegen die «Geldverschleuderung» an der Frauenfelder Waffenschau.

- 1983 unterstützte die SP-Fraktion der Bundesversammlung die Zivildienstinitiative, die die freie Wahl zwischen Militär- und Zivildienst einführen will.

- 1983 wurden im neuen Parteiprogramm neben dem Rüstungsreferendum auch ein Verfassungsverbot des Einsatzes der Armee bei «inneren Konflikten», ein

Waffenexportverbot, die Abschaffung der Militärjustiz und die «Einführung der Demokratie in der Armee» gefordert.

Die SPS tut sich schwer

Alle diese Fakten sind Anzeichen dafür, wie schwer sich die Sozialdemokratische Partei der Schweiz auch heute — oder vielmehr gerade wieder heute — mit einer konsequenten Bejahung der militärischen Landesverteidigung tut — zweifellos im Widerspruch zur Auffassung vieler ihrer Mitglieder. Die vielen «Wenn» und «Aber» und der Einfluss pazifistischer und armeefeindlicher Kreise auf die Parteitage zeigen die Haltung der SPS in einem schimmernden Zwielicht.

Lieber Leser

Vorliegende «Freisinn»-Nummer bringt eine Premiere: Nachdem wir bereits verschiedentlich Beiträge aus der Feder von Bundesräten publizieren konnten, ist uns nun erstmals ein Mitglied der Landesregierung Red und Antwort gestanden. Der Vorsteher des Militärdepartementes, Bundesrat Georges-André Chevallaz, äussert sich auf Seite 5 freimütig zu einigen aktuellen Fragen. Bewusst haben wir darauf verzichtet, militärpolitische Themen zu erörtern. Solche Gespräche sind des öfters in der Presse zu lesen. Wir wollen den «Freisinn»-Lesern mit einem Interview einen (bescheidenen) Teil des Staatsmannes Chevallaz vorstellen.

Dem Thema Landesverteidigung ist ein anderer Beitrag (Seite 3) gewidmet. FDP-Kantonsrat Kurt Müller (Meilen ZH) zeichnet auf, welches — trotz allen anderslautenden Beteuerungen — gestörte Verhältnis die SPS zur Landesverteidigung hat. Die Auflistung der gegen die Landesverteidigung gerichteten Aktivitäten der SPS in den letzten Jahren ist überaus bemerkenswert — eine Politik der steten Nadelstiche nicht zu übersehen.

«Grün» ist gegenwärtig «in». Dass die Verfolgung umweltschützerischer Postulate in den traditionellen Parteien besser gewährlei-

Abstimmungstermine 1984

26. Februar
20. Mai
23. September
2. Dezember

stet ist als in irgendwelchen Bewegungen, zeigt eine Parlamentarierin auf, die sich seit einigen Jahren engagiert mit Umweltfragen auseinandersetzt: Nationalrätin Elisabeth Kopp (Zumikon ZH). Deutlich weist sie in ihrem Beitrag auf Seite 7 aber auch daraufhin, dass nun gehandelt werden muss — den Theorien haben Taten zu folgen.

Quo vadis SBB? Diese Frage ist man geneigt zu stellen, wenn man feststellt, wie die SBB Jahr für Jahr mehr Defizite einfahren. Die Belastung des Bundes hat längst die Milliardengrenze überschritten. Wohl liegen inzwischen verschiedene Gutachten (und entsprechende Anträge) vor, doch Entscheide wurden noch keine getroffen. Nationalrat Burkhard Vetsch (Balgach SG), der sich seit Jahren mit Verkehrsfragen auseinandersetzt, beleuchtet die gegenwärtige Situation auf Seite 11.

Weitere Beiträge runden vorliegende «Freisinn»-Nummer ab. Es ist die vorletzte vor den eidgenössischen Wahlen vom 23. Oktober.

Hans Rudolf Leuenberger

Hans Rudolf Leuenberger

Dazu stehen wir

Grundsätze des modernen Liberalismus

Schwerpunkte freisinniger Politik

Zielsetzungen 83/87



«Dazu stehen wir» — die neue Broschüre der FDP der Schweiz ist erschienen. Sie enthält neben den «Grundsätzen des modernen Liberalismus», die am 30. April 1982 von der ordentlichen Delegiertenversammlung in Liestal verabschiedet wurden, die «Zielsetzungen 83/87», die an der ordentlichen Delegiertenversammlung dieses Jahres am 6./7. Mai in Weinfelden gutgeheissen wurden, sowie die «Schwerpunkte freisinniger Politik», die auf den «Zielsetzungen 83/87» fussen.

Bitte senden Sie mir die Broschüre «Dazu stehen wir» zu. Gratis.

Name/Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Wohnort _____

Talon einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern

Spross

Garten- und Landschaftsbau für Ihre sympathische Umwelt
Spross Ga-La-Bau AG
Zürich 01-4 62 62 62

planen bauen pflegen
GRÜN statt Grau durch
boesch
Gartenbau
01 53 01 80

FDP für Ausgleich der kalten Progression

Mit Erstaunen hat die Geschäftsleitung der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) davon Kenntnis genommen, dass der Ständerat in der Sommersession in der Frage des Ausgleichs der kalten Progression nicht dem Kompromissvorschlag seiner Kommission gefolgt ist, sondern sich für eine für den Steuerzahler weniger günstige Variante entschieden hat. Damit wird nach ihrer Ansicht dem bestehenden Verfassungsauftrag nicht nachgelebt. Sie begrüsst es deshalb, dass die Initiative für den Ausgleich der kalten Progression, die von der FDP unterstützt wurde, bis zum definitiven Entscheid der eidgenössischen Räte nicht zurückgezogen wird.

Die FDP-Geschäftsleitung bedauert, dass die sich anbahnende Verständigung in dieser Frage am Widerstand der SP- und der CVP-Vertreter in der kleinen Kammer gescheitert ist. Der vom Ständerat gefasste Beschluss, die kalte Progression erst bei einer Teuerung von zehn Prozent auszugleichen, bedeutet

nichts anderes, als dass zusätzlich zu den 800 Millionen Franken, die dem Fiskus heute schon dank der nicht kompensierten Teuerung zufließen, vom Steuerzahler in den Haushaltsjahren 1986 und 1987 je weitere 400 Mio. Franken entgegen einer klaren Verfassungsbestimmung eingefordert werden sollen, da bei der gegenwärtig erkennbaren Teuerungsentwicklung der Bürger bis 1988 warten müssen, bis er erstmals vom Progressionsausgleich profitieren kann. Betroffen von dieser Verschleppung, die weder von sozialer Weitsicht noch politischer Klugheit zeugt, sind vor allem die Bezüger mittlerer Einkommen.

Es liegt nun nach Ansicht der FDP-Geschäftsleitung am Nationalrat, den Beschluss des Ständerates zu korrigieren. Sie hofft, dass sich in der grossen Kammer der Wille zur Verständigung durchsetzt, zumal ein Nichtausgleich verfassungswidrig ist und nicht zur Beruhigung des Steuerklimas beitragen würde.

Fortsetzung von Seite 1

gekommen ist. Die Ankündigung der Volksinitiative machte nun plötzlich auch dem Bundesrat Beine, und Bundesrat Ritschard rückte im Herbst letzten Jahres — widerwillig genug — mit einer Gesetzesvorlage zum Ausgleich der kalten Progression heraus.

Aus dem kategorischen Nein (Bundesrat und SP) und einem nur «mittelfristig» interessierenden Anliegen (CVP) noch vor einem Jahr ist nunmehr eine höchst kurzfristige gesetzgeberische Übung herausgewachsen. Bedenklich ist dabei nur, dass die Durchsetzung einer klar umschriebenen Verfassungsvorschrift, deren Eindeutigkeit auch von der Verfassungswissenschaft völlig unangefochten ist, offenbar nur mehr unter dem Drohfinger einer Volksinitiative möglich erscheint.

Kleine Kammer «schaltete»

Der Ständerat als Erstrat hat seinerseits rasch geschaltet. Die vorberatende Kommission hat der halbhatzigen bundesrätlichen Lösung

keinen Gefallen abgewinnen können und ihr angesichts der offensichtlichen Schwächen — Abstellen auf blosse Teuerungsschätzungen, Offenlassen auch eines Teilausgleichs, Abschieben der Verantwortung auf das Parlament — eine eigene Formulierung entgegengestellt. In diesem Gesetzestext wird klipp und klar der Grundsatz des vollständigen Progressionsausgleichs verankert, der zugleich als unbedingt, d. h. auch unabhängig von äusseren Gegebenheiten wie Bundesfinanzlage, zu verstehen ist. Auch die Schwellenhöhe, d. h. die Festlegung, bei welchem Ausmass des Teuerungsanstieges der Progressionsausgleich vorzunehmen ist, wird gesetzlich festgeschrieben und soll nicht mehr in das Ermessen des Bundesrates oder des Parlaments gelegt sein. Das Plenum des Ständerates ist der Grundkonzeption seiner Kommission gefolgt und hat damit einen eigentlichen Durchbruch in Richtung des automatischen und vollständigen Progressionsausgleiches vollzogen.

Beharren des Bundesrates

Unverständlich, aber irgendwie symptomatisch musste in der Ständeratsdebatte das trotzig beharren des Bundesrates auf seiner schwachen und inkonsequenten eigenen Vorlage erscheinen. In seinem letzten Rückzugsgefecht war ihm allerdings, dank Nibelungentreue der SP-Vertreter, verstärkt durch weitere, mehr auf kantonale Vorteile als auf Steuergerechtigkeit erpichte Standesherrn, doch noch ein Erfolgserlebnis beschieden. Der Rat folgte einem sozialdemokratischen Antrag, der die erwähnte Schwellenhöhe auf 10% festlegen möchte (und nicht auf 5%, wie von der Kommission vorgeschlagen). Dieser Teilerfolg könnte aber leicht zum Pyrrhussieg werden, sofern der Nationalrat hier nicht korrigiert.

Denn eine derartige Vergröberung des Ausgleichsmechanismus hätte zur Folge, dass der Steuerzahler auf einen Ausgleich der kalten Progression noch mindestens bis ins Jahr 1988 warten



Ich bin Biologin und freisinnig

Frau Dr. Annemarie Schaffner wohnt im aargauischen Anglikon bei Wohlen. Sie ist mit einem selbständigen Bauingenieur verheiratet und erledigt für

FDP

Freisinnig-Demokratische Partei

ihn — nebst vielen Pflichten in Haus und Familie — die Büroarbeiten. Das Engagement für das Gemeinwohl. Seit 1977 vertritt sie Anglikon im Einwohnerrat von Wohlen, den sie gegenwärtig präsidiert.

Wie Annemarie Schaffner sind wir Freisinnigen der Ansicht, dass Gemeinwohl vor Gruppenegoismus zu stellen ist, dass Selbstverantwortung nicht der Begehrlichkeit nach immer mehr staatlichen Leistungen geopfert werden darf. Darum appellieren wir an den einzelnen Bürger, sich wiederum vermehrt aktiv für das Gemeinwohl einzusetzen und aktiv an unserer Demokratie teilzunehmen. Lesen Sie die «Schwerpunkte freisinniger Politik» — wir senden Ihnen diese Broschüre gerne gratis zu. Postkarte genügt!

Generalsekretariat FDP der Schweiz
Postfach 2642, 3001 Bern

kann und dass der Bund in der Zwischenzeit, d. h. in den Haushaltsjahren 1986 und 1987, nochmals Hunderte von Millionen Franken unrechtmässig einsacken wird. Die Verantwortlichen für die Volksinitiative zum Ausgleich der kalten Progression haben keine Zweifel darüber offengelassen, dass unter diesen Umständen an den Rückzug der Initiative nicht zu denken sei. Für eine solche Verschleppung bringen Hunderttausende von kleinen und mittleren Steuerzahlern, aber auch die Angestelltenverbände, die seit Jahren für die Ausmerzung der Progressionsfolgen gekämpft haben, nicht das geringste Verständnis auf. Die Sozialdemokraten mögen es ihnen mundgerecht machen.

Es harren noch andere Probleme

Wenn sich die freisinnigen Parlamentarier und die FDP der Schweiz weiterhin konsequent für die rasche und vollständige Eliminierung dieses Dauerbrenners

eidgenössischer Finanzpolitik einsetzen, dann noch auf einem viel bedeutsameren Hintergrund. Wir hätten die dadurch freiwerdenden politischen Energien für die Bewältigung anderer wichtiger finanzpolitischer Probleme dringendst nötig. So ist bereits die Umgestaltung der Warenumsatzsteuer mit Einschränkung der Freiliste und anderem mehr die Rede. Unabdingbare Voraussetzung hierfür ist eine Beruhigung des Steuerklimas, aber auch die Wiedereinkuhr des Volkes in die Steuergerechtigkeit des Bundes. Der Bundesrat wird gut daran tun, unter diesem Gesichtspunkt auch seine Haltung gegenüber einem nicht mehr verzögerten, für den Steuerzahler spürbaren Progressionsausgleich zu überdenken. In diesem Sinn ist die kalte Progression längst über die Statur eines blossen Steckenpferdes einzelner politischer wirtschaftlicher Gruppierungen hinausgewachsen und zu einem erstrangigen staatspolitischen Anliegen geworden.

Tabak. Mehr nicht.

Ursprünglich waren Cigarren echte Naturprodukte. Bei La Paz sind sie es noch heute. Alle.

Auch die oft kopierten, doch nie erreichten, authentischen Wilden. Denn nicht jede «Wilde» ist eine Wilde von La Paz. Das Büschel am Brandende sollte nicht lediglich eine modische Verzierung sein, denn Kenner wissen, dass sich dadurch das volle Aroma schon beim Anzünden entfaltet.

Doch wesentlicher ist und bleibt die Kunst der sorgfältig ausbalancierten Mélange aus über 20 Tabaksorten. Umwickelt mit einem ausgewogenen Umblatt, das eine gleichmässige Aromaabgabe garantiert. Und einem Deckblatt, das sich nicht unter einem Puder-mantel zu verbergen braucht. Das ist die Sprache der Natur.

Für Cigarrenraucher, die wissen, was schmeckt.



10 Stück / Fr. 6.40



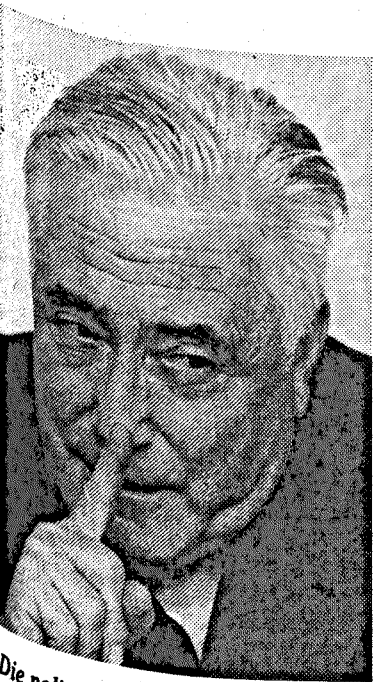
Cigarros Autenticos.

Importeur: Säuberli AG, 4002 Basel

Bundesrat Chevallaz im Gespräch mit dem «Freisinn»

«Bewahren, was sich zu bewahren lohnt»

In einem Gespräch von Bundesrat Georges-André Chevallaz mit dem «Freisinn» standen nicht militär-, sondern staatspolitische Fragen im Vordergrund. Dabei ging es vor allem um das politische Klima in der Schweiz, das sich in den letzten Jahren verändert hat. Aber auch um den Generationenkonflikt sowie das Bild der Schweiz im Ausland. Der Vorsteher des Eidgenössischen Militärdepartementes äussert sich — wie man es von ihm gewohnt ist — klar und deutlich, ohne opportunistische Anbiederung an irgendwelche Gruppierungen.



um die Widersprüchlichkeit, die Zahl der Volksinitiativen stark angestiegen.

Wie steht es mit dem Widerspruch links - rechts?

Der klassische und einfache Widerspruch links - rechts ist nicht überwunden, aber er hat zweifellos an Virulenz verloren. An seine Stelle sind allerdings neue politische, eher punktuelle, Auseinandersetzungen getreten. Die Sorge — gerechtfertigt und notwendig —, die bedrohte Natur vermehrt zu schützen, wird von den politischen Behörden sehr ernst genommen, nimmt aber trotzdem da und dort fanatische Formen an. Die Atomenergie, an sich sauberer und weniger um-

weltfeindlich als andere Energien, ruft oft einer geradezu krankhaften Intransigenz. Ebenso die Bedrohung durch den Atomkrieg, zweifellos die verdammenswerteste, aber doch in ihrer Anwendung überaus problematisch, hat in einigen Kreisen und einigen Ländern Ausmasse angenommen, die der Vernunft und der Kaltblütigkeit entbehren. Unsere Gesellschaft benötigt dringend Vernunft, einen kühlen Kopf und klare Entschlossenheit.

Viel ist die Rede vom Generationenkonflikt. Was provoziert ihn? Ist er heftiger als früher?

Der Generationenkonflikt liegt in der menschlichen Natur verwurzelt. Es gibt und es wird immer eine gewisse Spannung geben zwischen der Generation, die die Verantwortung trägt, und jener, die aufgerufen ist, sie zu übernehmen und dabei ungeduldig wird. Unvorgesehene Ereignisse, wie beispielsweise die Ausbrüche von 1968, haben in der älteren Generation zu einer Verunsicherung geführt und den Eindruck geweckt, die Jugend sei par définition in höchstem Masse subversiv. Heute sehen wir allerdings in den Schulen und in der Armee in der grossen Mehrheit eine gesunde, offene, fröhliche Jugend von echtem Schrot und Korn. Sie kritisiert zweifellos, nicht immer zu Unrecht, das Ungenügen der «herrschenden» Generation.

Können Sie in einigen Sätzen die Konturen des Bildes entwerfen, wie es von der Schweiz im Ausland gesehen wird?

Im Ausland gibt es sehr unterschiedliche Vorstellungen von der Schweiz:

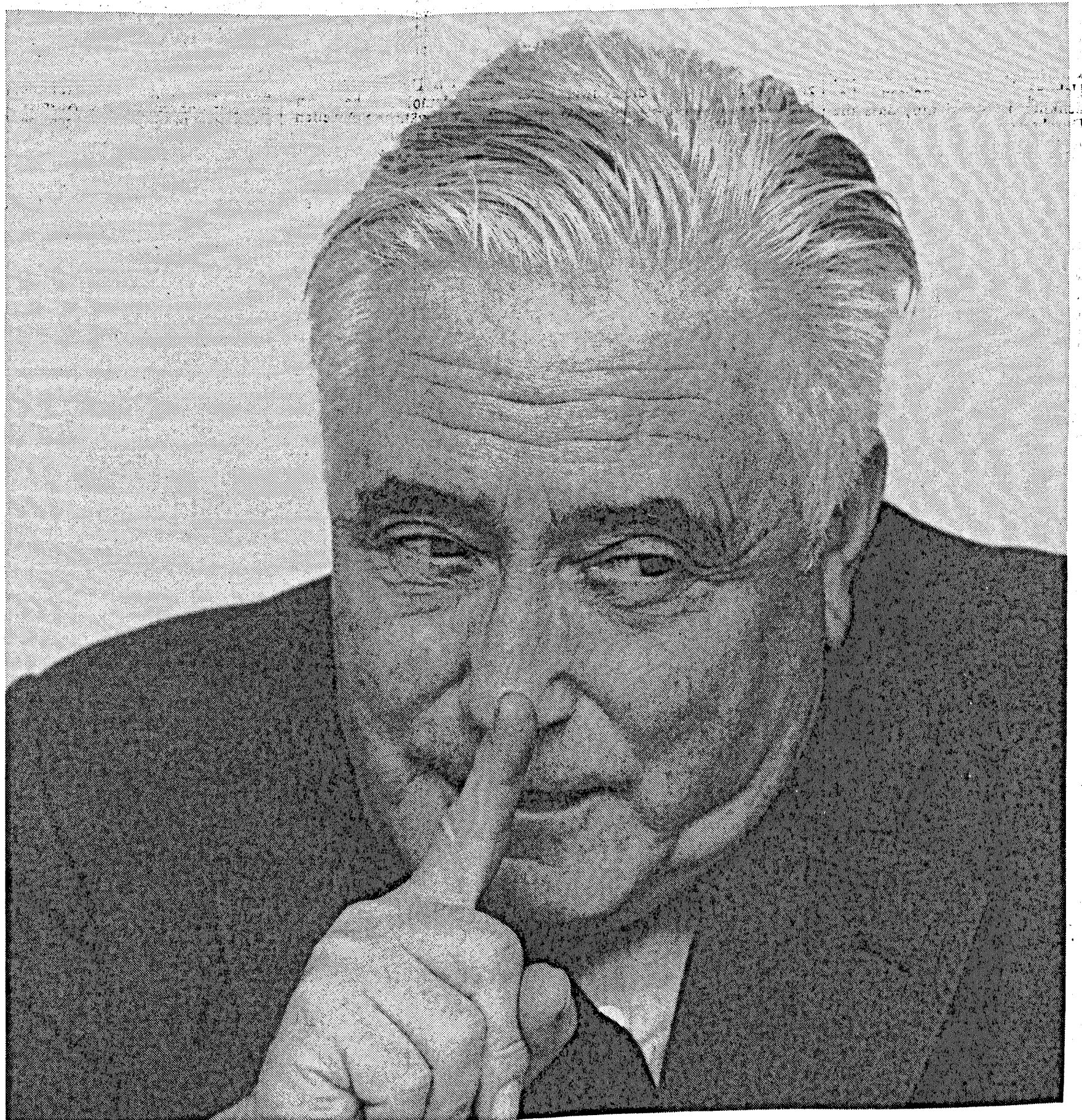
- «die Muster-Demokratie»
- die direkte, folkloristische, ineffiziente Demokratie
- ein befriedetes Land mit angemessenem Fortschrittsgeist
- die Idylle des Berglers und des ländlichen Lebens
- die Herrschaft der Banken und der Multis
- das sich hinter Egoismus und Isolationismus verschanzte Land
- das Land des Roten Kreuzes

Wir müssen diese Meinungen beachten, aber wir brauchen sie nicht tragisch zu nehmen. Und im übrigen halte ich es mit dem Müller von La Fontaine: «... Ich werde es machen, wie ich will. Er tat es und er tat es gut.»

Welche Lehren würden Sie als langjähriger aktiver Politiker und Magistrat in bezug auf unser politisches System ziehen? Wo, wenn überhaupt, würden Sie Änderungen wünschen?

Ich glaube nicht an die grossen Revolutionen, die mit fanatisierten Ideologien das Heil anpreisen und den Menschen gleichzeitig unter dem Vorwand, ihm vom Joch zu befreien, der Diktatur des Systems unterwerfen. Andererseits glaube ich an eine ständige Evolution. All das zu bewahren, was sich zu bewahren lohnt: eine tiefe Ueberzeugung, die Institutionen, die Traditionen. Die Solidarität, die sich nach und nach den Notwendigkeiten unterzieht, in Ruhe und einvernehmlich das zu ändern, was die heutigen technischen Erkenntnisse nahelegen und dem Wohle des Menschen dient, anzupassen. Alles muss sich in Freiheit und persönlicher Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft, welche diese Freiheit erst begründet, abspielen.

Georges-André Chevallaz: Geboren am 7. Februar 1915. Bürger von Monthérod VD. Humanistisches Gymnasium in Lausanne. Lizentiat der klassischen Philologie. Doktor der Wirtschaftsgeschichte. Von 1942 bis 1955 Professor an der Höheren Handelsschule Lausanne, dann Direktor der Kantons- und Universitätsbibliothek Lausanne. Von 1955 bis 1958 Lehrbeauftragter an der Universität für Geschichte der Diplomatie. Von 1958 bis 1973 Stadtpräsident von Lausanne. Von 1959 bis 1973 Nationalrat. Von 1965 bis 1972 Präsident der Freisinnig-Demokratischen Partei des Kantons Waadt und von 1970 bis 1973 Präsident der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung. Am 5. Dezember 1973 zum Bundesrat gewählt. Von 1974 bis 1979 Vorsteher des Finanzdepartementes; seither des Militärdepartementes. Bundespräsident 1980.



Die politischen Auseinandersetzungen in unserem Lande sind in den letzten Jahren zweifellos härter geworden. Dabei geht es weniger um parteipolitische als um Gruppenkämpfe, oft mehr um Rechthaberei und Intoleranz als um Argumente. Allein die hängigen 24 Volksinitiativen scheinen diesen Trend zu bestätigen. Welche Erklärung gibt es für diese Erscheinung?

Die politischen «Fronten» sind in ständiger Bewegung. Die Ziele der sozialen Sicherheit sind auf breiter Basis erreicht. Man ist bis weit in die linke Wählerschaft hinein überzeugt, dass eine weitere Entwicklung und ein weiterer Ausbau der Sozialleistungen eine Quelle der Inflation darstellen, die öffentlichen Finanzen überstrapaziert werden, mehr Steuern und Abgaben zur Folge haben und damit die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft entscheidend erschwert wird. Die «soziale Front» hat sich bei uns im allgemeinen wenn nicht stabilisiert, so doch stark beruhigt.

Die marxistische Ideologie, die nach dem Krieg insbesondere bei Intellektuellen nahezu Prestigesache wurde, hat viel von ihrer Glaubwürdigkeit verloren: Budapest, Prag, Warschau, Kabul und Beispielen.

Als Reaktion auf die Gesetzesinflation und die zunehmenden Steuern, durch neuen Auftrieb des Freiheitsgedankens, hat die These von «weniger Staat» an Gewicht gewonnen und findet sogar in sozialistischen Kreisen ein Echo. Allerdings ist, ohne Sorge

Bundesrat Chevallaz hat sich auch als Autor historischer und philosophischer Schriften einen Namen gemacht. In der Deutschschweiz fand sein 1979 erschienenes Werk mit dem Titel «Berechtigte Hoffnung» grosse Beachtung. Darin stand der Magistrat einem Philosophen Red und Antwort. Daraus entstand ein reizvolles Taschenbuch weiser Erfahrungen. (Die Autorenrechte an seinem Buch hatte Bundesrat Chevallaz an die Pro Infirmis abgetreten.)

KABA STAR - kopieren gesetzlich verboten.

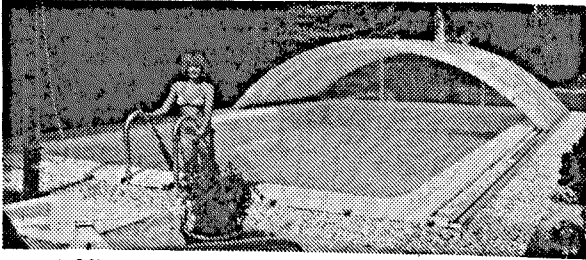


BAUER KABA AG
Postfach, 8620 Wetzikon 1
Tel. 01/931 61 11

Wer KABA STAR-Schlüsselkopien unbefugt herstellt, macht sich strafbar. KABA STAR-Duplikate dürfen nur vom Werk und nur gegen Unterschrift der bezugsberechtigten Personen angefertigt werden. Das ist gesetzlich festgelegt. Durch in- und ausländische Patente. KABA STAR ist das Schliess-System, bei dem Sie ein wirklich sicheres Gefühl haben können. Auf lange Sicht. Mehr erfahren Sie bei Ihrem Beschläge- oder Eisenwarenhändler.

KABA STAR. Denn Sicherheit beginnt beim Schloss.

Schwimmen jederzeit, ob Sonnenschein, ob Wind und Wetter — mit der schiebbaren **TELEDOM-Überdachung**



Minutenschnell geöffnet oder geschlossen. Verlangen Sie bitte Unterlagen

Name: _____
Strasse: _____
PLZ/Ort: _____
Tel: _____

H. Gertsch + CO. AG
Abt. Industrievertretungen
Zehntenhausstrasse 15
8046 Zürich, Tel. 01 57 66 00

**GERTSCH
ZÜRICH**

vvx3184o2a

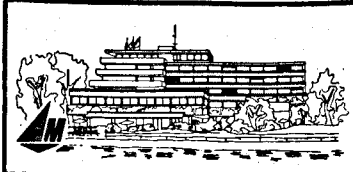
OSTSCHWEIZ

Das Haus mit der behaglichen und persönlichen Atmosphäre



Grill-Room • Rôtisserie

P. Musa-Emlison, beim Bahnhof • Officier Maître Rôtisseur
Tel. (071) 23 35 35 • de la Confrérie de la
Telex 77135 • Chaîne des Rôtisseurs



Charly's Rôtisserie
Gartenrestaurant
Seeterrasse beheizt
Delphin-Bar
Seminar-Departement

ASH *****
AMBASSADOR SERVICE HOTELS
mit geheiztem Schwimmbad
Hot-Whirl-Pool • Sauna • Fitness
Grosser Parkplatz

HOTEL METROPOL ARBON BODENSEE
CH-3320 Arbon • Tel. 071 46 35 35 • Telex 77247 • Dir. Charles Delway

Geschäftlich oder privat?

Das Hotel Bad Horn hat Ihnen in jeder Beziehung etwas zu bieten: drei gepflegte Restaurants für einen Drink unter Freunden oder für ein exquisites Mahl, den originellen Bounty Bar Club, moderne Zimmer und nicht zuletzt Säle für Kongresse, Geschäfts-Meetings oder Tagungen.

Und falls Sie mit Ihren Geschäftsfreunden oder Bekannten von der Seeseite her kommen möchten: wir haben einen eigenen, neu ausgebauten Hafen.

Willkommen in Horn!



Am Gallusplatz
Restaurant gastronomique
9000 St. Gallen
(vis-à-vis Kathedrale)
H. J. Sistek, (071) 23 33 30

Das führende Haus mit Ambiance
(erbaut 1606 — restauriert 1974)
Täglich 9.30 bis 23.00 Uhr
Montag geschlossen

Rôtisserie — Café — Restaurant
Gewölbekeller für Gesellschaften

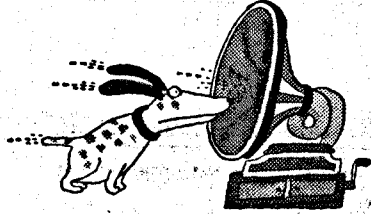
Cuisine du marché
Eigene Kreationen

Introduction

Die Partnerwahl für Anspruchsvolle seit 1956.
Frau M. Th. Kläy
Neuengasse 45, 3001 Bern
Telefon 031/22 21 12
Verbindungen zur BRD, zu Österreich, Skandinavien, Kanada und den USA. Agentur in Australien.
Verlangen Sie die Unterlagen. Kein Vertreterbesuch.

Damit Ihre Zeitungswerbung ankommt.

ofa

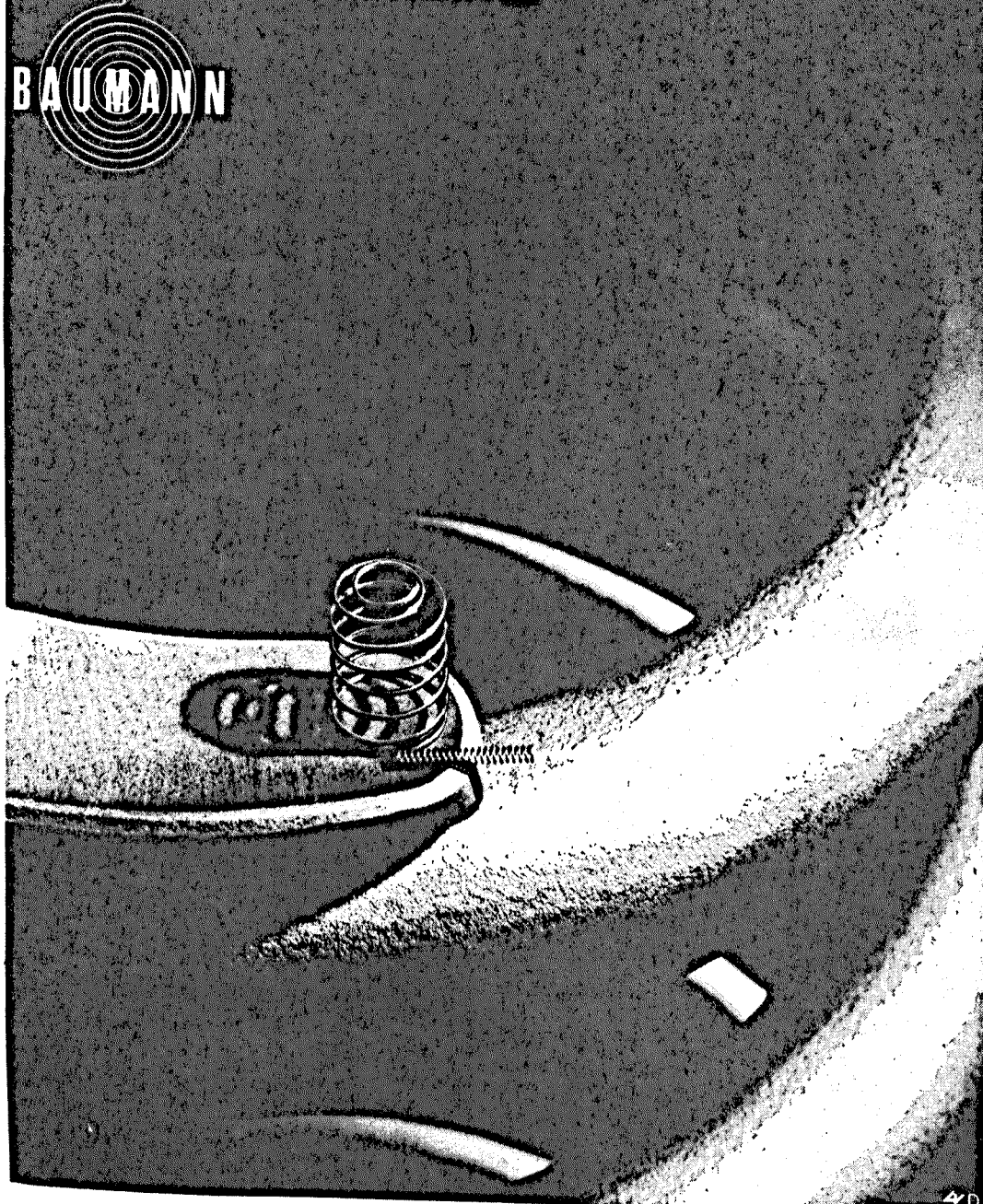


FEDERN

in jeder Grösse für jede Verwendung



Baumann & Cie. AG
8630 Rüti/Zürich, Schweiz
Telefon: (055) 86 12 12



Der ist nicht wert des Weines, der ihn wie Wasser trinkt

Bodenstedt

Viel Liebe und Sorgfalt steckt in jedem Tropfen Wein. Die harte Arbeit des Weinbauers und die unumschränkte Sorgfalt des Kellermeisters drücken jeder Flasche guten Weines den unverkennbaren Stempel auf. Drum ist es wirklich schade, wenn ihn jemand wie Wasser trinkt.

Zum Glück aber gibt es weitaus mehr echte Weinfreunde, die den guten Tropfen sehr zu schätzen wissen. Und all jenen gilt unsere Arbeit für den Wein, die durch langjährige Erfahrung geprägt ist. Seit über 200 Jahren beschäftigt sich unser Haus mit der Pflege der Weine, und von Generation zu Generation wird das liebevolle Verständnis für dieses herrliche Naturgut weitergegeben.

Rufen Sie uns an (Telefon [043] 21 20 81) oder schicken Sie uns eine Postkarte. Sie erhalten von uns dann umgehend völlig unverbindlich unser «Wibüechli» — eine köstliche Lektion für jeden Weinfreund.

St.-Jakobs-Kellerei
Schuler & Cie. AG
Schwyz und Luzern
Franzosenstrasse 14
6423 Seewen-Schwyz



FIFD03508

Soeben erschienen: Das Buch zum Wahljahr 1983.



Walter Wittmann: Die rote Utopie. Ist Sozialismus noch eine Alternative? 215 Seiten. Fr. 26.80:
Eine liberale Gewissensforschung anlässlich des 100. Todestages von Karl Marx. Der Freiburger Universitätsprofessor Walter Wittmann untersucht in dieser kompromisslosen Studie die wirtschaftliche und moralische Krise des Sozialismus, das theoretische Rüstzeug des Marxismus, den Ruf nach «noch mehr Staat» und jenen nach «weniger Staat», den wachstumsorientierten Kapitalismus am Ende des Wachstums. Eine pointiert formulierte Studie aus liberaler Sicht!

Bestellung

Ich bestelle zur Lieferung gegen Rechnung

(874) _____ Expl. Wittmann, Die rote Utopie à Fr. 26.80 (+ Versandkosten!)

Name, Vorname: _____

Adresse: _____

Datum: _____

Bitte einsenden an:

VERLAG
HUBER
FRAUENFELD



Promenadenstrasse 16
8500 Frauenfeld
Telefon 054 737 39

Keine Patentrezepte zur Lösung von Umweltproblemen

Warum die «Grünen» keine Lösung sind

Umweltschutz bedeutet Erhaltung der Lebensgrundlagen für künftige Generationen und damit insbesondere zweierlei: schonender Umgang mit den nicht erneuerbaren Ressourcen und Reduktion der Schadstoffe, die unsere Luft, Wasser und Boden belasten. FDP-Nationalrätin Elisabeth Kopp (Zumikon ZH) plädiert für ein Umdenken in der Umweltpolitik. Sie zeigt in diesem Beitrag aber auch auf, dass die «Grünen» keine Lösung sind:

Die Dringlichkeit einer konsequenten Verminderung der Schadstoffe machte spätestens das dramatische Waldsterben, das inzwischen auch auf die Schweiz übergegriffen hat, deutlich. Das Waldsterben hat nicht nur vom ökologischen Gesichtspunkt aus unabsehbare Folgen, sondern auch vom ökonomischen, gehen doch die Schäden bereits heute in die Milliarden.

Ursachen der Umweltbelastung

Dass es für die Lösung von Umweltproblemen keine Patentrezepte geben kann, zeigt sich allein schon aus der Analyse über die Ursachen der Umweltbelastungen in unserem Land. Weitgehend sind sie die Kehrsseite unseres Wohlstands. Dazu einige Beispiele: Der hohe Motorisierungsgrad verhilft dem einzelnen zu grosser Mobilität, ist aber in unserem Land die grösste Quelle der Luftverschmutzung. Rund 700 000 Tonnen Schadstoffe, darunter ca. 100 000 Tonnen Stickoxide, die für den sauren Regen mitverantwortlich sind, gelangen jährlich über den Auspuff in die Luft. Wir steigern den Wohnkomfort, indem wir immer mehr Quadratmeter



Wohnraum pro Person beanspruchen. Die benötigte Bodenfläche geht fast ausschliesslich zu Lasten von landwirtschaftlich genutztem Land. Wir erleichtern unser Leben mit Wegwerfprodukten und produzieren auf diese Art 400 Kilogramm Abfälle pro Person und Jahr, deren Beseitigung zunehmend auf Schwierigkeiten stösst.

Nichts wäre indessen törichter, als unsere technische Zivilisation und unseren Wohlstand zu verketteln, auch wenn sich auf verschiedenen Gebieten die Frage stellt. Sie leisten ihrerseits nicht nur einen Beitrag zur Lebensqua-

Die FDP setzt sich zur Bekämpfung des sauren Regens für folgende Massnahmen ein:

- sparsamer Umgang mit flüssigen Brenn- und Treibstoffen
- Substitution von Erdöl durch andere Energieträger
- Reduktion des Schwefelgehaltes in Brennstoffen
- Rauchgasentschwefelungsanlagen bei Verwendung von Kohle und Schweröl
- Verschärfung der Autoabgasvorschriften auf 1986
- Fortsetzung der internationalen Zusammenarbeit zur Emissionsbegrenzung

lität, sondern bilden nicht zuletzt auch Voraussetzung für die Forschung und die Entwicklung von Technologien zur Vermeidung von Umweltschäden.

Grüne Politik zu betreiben ist einfach

Grüne Parteien sind selbst dann, wenn sie sich nicht aus einem so zweifelhaften Sammelsurium zusammensetzen wie in der Bundesrepublik, keine Lösung, weil Umweltschutz zwar eine wichtige Aufgabe des Staates ist, aber eben nur eine unter anderen. Grüne Politik zu betreiben ist einfach, die Antwort zum vornherein gegeben. Eine Lösung im Zielkonflikt mit anderen staatlichen Aufgaben wie Sicherheitspolitik, Verkehrspolitik, Wirtschaftspolitik oder Energiepolitik zu betreiben, ist bereits erheblich schwieriger. Zu der vielzitierten Lebensqualität gehört eben nicht nur eine gesunde Umwelt, sondern ebenso Rechtssicherheit, ein gewisser materieller Versorgungsgrad, Bildungsmöglichkeiten, um nur einige Beispiele zu nennen.

Umdenken ist erforderlich

Für den liberalen Politiker, der sich nicht den Luxus leisten kann und will, sich lediglich einer Aufgabe zu widmen, bedeutet das, dass er in oft mühsamem Abwägen von Fall zu Fall nach tragbaren Lösungen suchen muss. Dort, wo sich gleichwertige Interessen gegenüberstehen, müssen Kompromisse gefunden werden, wie beispielsweise beim Waffenplatz

Saurer Regen: Auffallendste Krankheitssymptome der Weisstanne: kurze, gelichtete Kronen und meist noch dichter benadelte Klebbäste am sonst kahlen Stamm.

Rothenthurm. Dagegen ist dem Umweltschutz dort absolute Priorität einzuräumen, wo die Umweltverschmutzung irreversible Schäden oder Entwicklungen zur Folge hat wie bei der Luftverschmutzung und der Anreicherung des Bodens mit Schwermetallen. Ein Umdenken in der Umweltpolitik ist zwingend erforderlich. Wir denken noch allzusehr an die Behebung von Schäden anstelle einer Vermeidung von Schäden. Einzig sinnvolle Umweltpolitik besteht in der Vorsorge, auch wenn diese politisch schwieriger zu realisieren ist.

Auch wenn die Ursachen des Waldsterbens komplex und noch nicht alle Zusammenhänge restlos geklärt sind, so sind sich alle Wissenschaftler darüber einig, dass die Luftverschmutzung und der damit zusammenhängende saure Regen mit Ursache sind. Es liegt im Bereich des Möglichen, dass eine rechtzeitige Reduktion der Schadstoffe bei den Abgasen der Motorfahrzeuge und der Kohle- und Oelkraftwerke die Katastrophe hätte verhindern können. Es wäre auch wesentlich billiger gewesen.

Nicht nur Lamentieren und Schwarzmalen

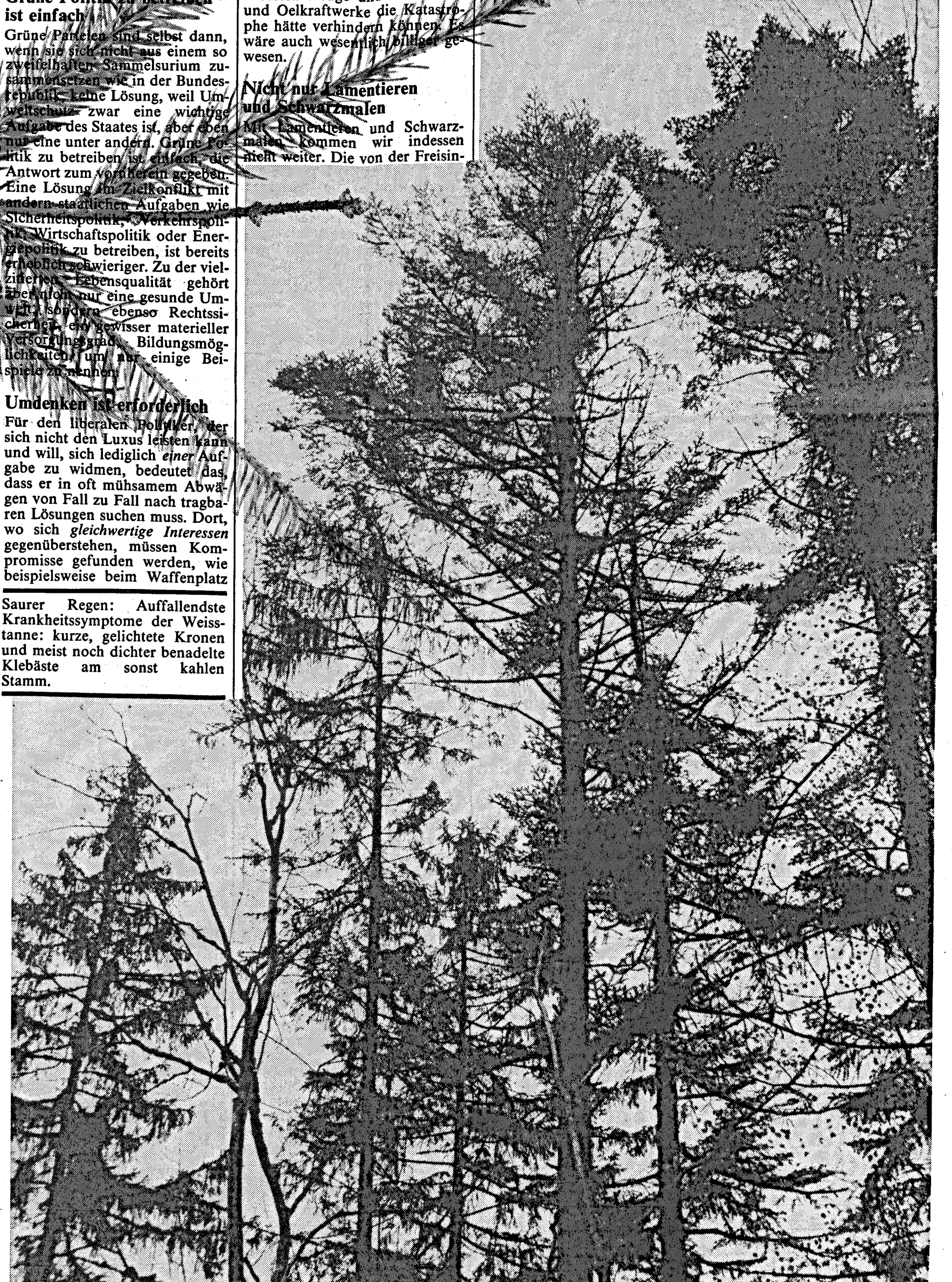
Mit Lamentieren und Schwarzmalen kommen wir indessen nicht weiter. Die von der Freisin-

nig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) durchgeführte Arbeitstagung hat aufgezeigt, worum es in Zukunft gehen muss, nämlich mit wirksamen und möglichst marktwirtschaftskonformen Instrumentarien die ökologischen Rahmenbedingungen im Sinne einer Vorsorgepolitik festzulegen. Dass zentrale Planwirtschaften, welche das Resultat einer konsequent verwirklichten grünen Politik wären, nicht besser in der Lage sein könnten, Umweltprobleme zu lösen als die freie Marktwirtschaft, braucht an dieser Stelle wohl kaum weiter ausgeführt zu werden.

Als freisinnige Politiker haben wir eine doppelte Verpflichtung. Wir wollen künftigen Generationen nicht nur die Lebensgrundlagen erhalten, sondern auch ein lebenswertes politisches System. Die bürgerlichen Parteien, die in den Parlamenten die Mehrheit bilden, werden sich noch vermehrt für diese Probleme engagieren müssen. Sonst ist die Gefahr nicht

Laut Bundesamt für Umweltschutz hat sich in den siebziger Jahren die Uebersäuerung von Böden, Seen und Wasserläufen «zu dem vielleicht ernstesten Umweltproblem in Europa und darüber hinaus» entwickelt. Dabei besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem stark angestiegenen Verbrauch von flüssigen Brenn- und Treibstoffen und der dadurch verursachten Erhöhung der an die Luft abgegebenen Mengen von Schwefel- und Stickoxiden. Diese Schadstoffe werden grossenteils in Schwefel- und Salpetersäure umgewandelt und verursachen mehr als 1000 km von den Emissionszentren entfernt saure Niederschläge. Vor allem weil es bei uns keine Schwerindustrie gibt, ist der saure Regen in der Schweiz zu 78 Prozent importiert.

von der Hand zu weisen, dass auch bei uns jene Kräfte Auftrieb erhalten, denen es letztlich nicht um ökologische Anliegen geht. Die Freisinnigen haben die Zeichen der Zeit erkannt. Was in unserem Parteiprogramm festgelegt und anlässlich der Arbeitstagung vertieft wurde, gilt es nun in den nächsten Amtsperioden in reale Politik umzusetzen.



Gegen Extrempositionen

Freisinnige Frauenpolitik: Im Mittelpunkt steht der Mensch

In der von extremen Ansichten beherrschten Diskussion über die «Rolle» der Frau in unserer Gesellschaft will die freisinnige Frauenpolitik einen neuen Weg gehen, einen realistischen, gangbaren und behutsamen Weg, der der Entscheidungs- und Wahlfreiheit aller einen möglichst grossen Raum lässt. Dies hält Dr. Regula Frei-Stolba (Aarau), Vizepräsidentin der FDP der Schweiz, fest:

Ausgangspunkt ist dabei die liberale Auffassung von der Freiheit und Würde sowie der Selbstverantwortung des Menschen. Frauen sind weder schutzbedürftige Kinder, die tunlichst nicht mitreden sollen, noch auch Retterinnen, die die schlechte patriarchalische Welt in ein Paradies verwandeln werden. Sie sind Menschen — wie die Männer auch — mit Anspruch auf Freiheit und Selbstbestimmung, aber auch mit der Verpflichtung zur Mitverantwortung in unserer Gesellschaft.

Ja zur Gleichstellung — Nein zur Gleichmacherei

Damit sind bereits verschiedene Grenzpfähle eingesteckt: Der Freisinn steht zur rechtlichen Gleichstellung der Frau, was nicht mit Gleichmacherei verwechselt werden darf. Er hat dementsprechend für die Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechtes wie für die rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau in der Bundesverfassung gekämpft. Hier wird er sich auch weiterhin einsetzen und ist bestrebt, veraltete Gesetze, die der heutigen Wirklichkeit der gut geschulten, ausgebildeten und mündigen Frau zuwiderlaufen, dem eingetretenen Wandel anzupassen. Stichwort ist hier zweifellos die Revision des Ehegesetzes.

Gegen «Klassenkampf» der Geschlechter

Das heisst aber auch, dass es in der freisinnigen Politik keine



Frauenpolitik im Sinne des Feminismus und des Klassenkampfes zwischen Mann und Frau gibt. Die sogenannten Frauenfragen, die noch eine Zeitlang die Öffentlichkeit beschäftigen werden, sind immer Gesellschaftsfragen, die Mann und Frau gleichermaßen angehen, höchstens auf verschiedene Weise betreffen, und die deswegen auch durchwegs von beiden gelöst werden müssen. So gibt es in unseren Augen keine Selbstbefreiung und Selbstverwirklichung auf Kosten aller anderen (des Partners, der Kinder, der älteren Generation); sondern eine zukunftsgerichtete Frauenpolitik kann nur mit Rücksicht aufs Ganze geführt werden.

Ideal und Wirklichkeit

Schliesslich soll eine freisinnige Frauenpolitik, besser: Gesellschaftspolitik, wirklichkeitsbezogen sein. Die Abstimmung über die gleichen Rechte von 1981 bildet zweifellos einen Markstein in der rechtlichen Entwicklung,

auch wenn Ideal und Wirklichkeit des gleichberechtigten Miteinanders von Männern und Frauen noch lange nicht überall übereinstimmen. Von nun an muss die Politik jedoch sehr viel differenzierter angegangen werden als bisher, wie eine unvoreingenommene Betrachtung der heutigen Situation zeigt. Frauen sind unter sich nicht gleich und können deshalb auch nicht die gleichen politischen und gesellschaftlichen Anliegen vertreten; sie sollten aber gerade deswegen Verständnis füreinander haben, wie auch zu wünschen ist, dass die Männer vom Einheitsbild der Frau allmählich wegkommen. Ein Prüfstein wird die Berücksichtigung der verschiedenen Frauenpostulate in der 10. AHV-Revision sein.

Gegen ein staatlich bestimmtes Rollenbild

Frauen sind nämlich im Gegensatz zu Männern sehr viel abhängiger von ihrem Zivilstand, vom Alter ihrer Kinder sowie von der Art ihrer häuslichen oder beruflichen Tätigkeit. Zudem ändern sich im Leben jeder Frau die Situationen sehr stark, ist doch heute die Lebenserwartung beträchtlich höher als zu Beginn dieses Jahrhunderts, wo die meisten, heute noch gültigen Gesetze erlassen und wo die heute noch nachwirkenden Rollenbilder geprägt wurden. Aus diesem Grunde lehnt es die freisinnige Politik ab, ein bestimmtes Lebensmodell mit staatlicher Hilfe zu propagieren und gar mit staatlichem Zwang als das allein Richtige durchzusetzen zu wollen. Sie begrüsst vielmehr den Reichtum

an Wahl- und Entfaltungsmöglichkeiten, die den Frauen in ihrem viel längeren Leben heute offenstehen und die die Frauen auch, wie wir überall sehen können, verantwortungsbewusst und im Hinblick auf die junge Generation wahrzunehmen wissen.

Es liegt — auch hier — beim Einzelnen

Die Besinnung auf die freisinnigen Grundanliegen in der Gesellschaftspolitik führt zur letzten Feststellung. Auch wenn es in der konkreten Politik um die Ausarbeitung und Abänderung von Gesetzen geht, so muss doch immer ein grösserer, nicht normierter Bereich bestehenbleiben, der dem Einzelnen die Freiheit zur Gestaltung des eigenen Lebens lässt. Der Liberalismus bejaht den gesellschaftlichen Wandel, vertraut aber auf die Initiative und Kreativität des Einzelnen und will möglichst wenig staatlich regeln. Noch vorhandene gesetzliche Barrieren sind abzubauen, und dort sind auch freisinnige Vorschläge zu erwarten. Das Hauptgewicht liegt jetzt aber auf der persönlichen Haltung und Verantwortung, die insbesondere die Erziehung der nächsten Generation, unser aller Hauptaufgabe, prägen muss: Im Mittelpunkt aller Bemühungen steht der Mensch, der Gelegenheit haben soll, sich nach seiner Eignung zu entfalten, ohne dass die Geschlechtszugehörigkeit einen Einfluss hat. So ausgebildete Männer und Frauen werden in einer partnerschaftlich organisierten Gesellschaft die Probleme der Zukunft meistern können.

Eidgenössische Abstimmung am 4. Dezember

Der Bundesrat hat beschlossen, Volk und Ständen am 4. Dezember die beiden Verfassungsbestimmungen zur Neuordnung des Schweizer Bürgerrechts vorzulegen. Einerseits geht es darum, die Gleichberechtigung von Mann und Frau auch beim Erwerb und bei der Weitergabe des Schweizer Bürgerrechts zu gewährleisten, andererseits soll für Ausländerkinder, Flüchtlinge und Staatenlose die Möglichkeit der erleichterten Einbürgerung geschaffen werden. Die beiden Vorlagen wurden vom Parlament getrennt, weil die zweitgenannte umstritten ist und allgemein anerkannte Anliegen der Gleichberechtigung gefährden könnte.

viele Jugendliche, die sich noch vor kurzem aktiv engagiert haben, scheinen zu resignieren... Das sind Tatsachen, die zu denken geben.

Wir Freisinnigen wollen nicht schwarzmalen. Wir haben immer darauf hingewiesen, dass ein Grossteil der Jugend durchaus in der Lage ist, ihre Probleme selber zu lösen. Wir haben den Anhängern einer staatlichen Jugendpolitik stets entgegengehalten, dass die meisten Jugendlichen ihre Freizeit selber gestalten wollen und können.

Aber die FDP hat auch von allem Anfang an erklärt, dass die Rahmenbedingungen der Jugendpolitik auf allen Ebenen unseres Staates überprüft und verbessert werden müssen und dass jene, die man nur allzu gerne in «Randgruppen» einordnet, der Unterstützung auch des Staates bedürfen.

Wohlverstanden: Es kann längst nicht mehr darum gehen, Sündenböcke für festgestellte Fehlentwicklungen zu suchen. Die FDP will vielmehr darstellen, was und auf welcher Ebene — zusammen mit den Jugendlichen — nun und in der Zukunft sinnvoll und in der Zukunft sinnvoll erlernt werden kann. Die vorliegenden «Positionen» sind kein Wunschzettel an die Behörden in Bund, Kantonen und Gemeinden. Wir bieten auch keine Patentrezepte an — und wer nach spektakulären neuen Ideen sucht, wird kaum fündig werden.

Dagegen enthalten die «Positionen» unserer Meinung nach sehr wohl grundsätzliche und vor allem konkrete Vorschläge, wie in den verschiedenen jugendpolitischen Gebieten und Stufen echte Verbesserungen erreicht werden können. In diesem Sinne wollen die «FDP-Positionen zur Jugendpolitik» zum Denken und Handeln anregen, nicht zuletzt natürlich unsere eigenen Mitglieder und Mandatsträger. Die Zeit der jugendpolitischen Schnellschüsse ist vorbei. «Thesen» und «Antithesen» haben notwendige und engagierte Diskussionen ausgelöst; nun aber besteht zwingend die Notwendigkeit zu konkreten Taten. Nur so kann verhindert werden, dass mittelfristig wieder «Jugendunruhen» die Schlagzeilen der Medien beherrschen. Zu diesen konkreten Taten wollen diese «Positionen» Mut machen.

FDP-Positionen zur Jugendpolitik

Eine Notwendigkeit!

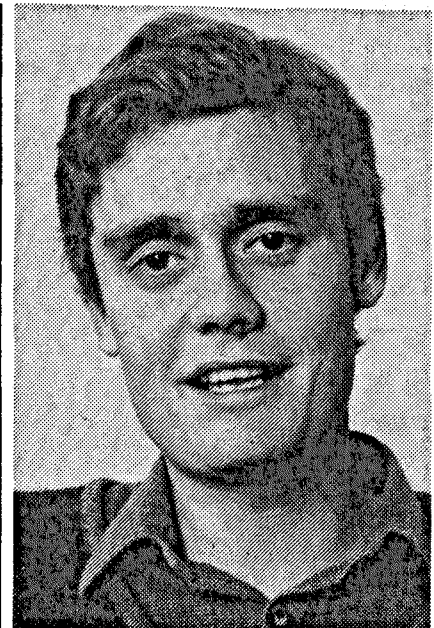
Die FDP der Schweiz hat «Freisinnig-Demokratische Positionen zur Jugendpolitik» vorgelegt. Diese basieren auf fünf Grundsätzen: 1. Mehr Selbstverantwortung für die Jugendlichen, 2. Integration erleichtern, 3. Eigeninitiative fördern, 4. Zuhören und verstehen, 5. Jugendpolitik breit abstützen. Urs Lauffer, Vizepräsident des Ausschusses für Jugendpolitik der FDP der Schweiz und Mitglied der Eidgenössischen Jugendkommission, nimmt zum FDP-Jugendpapier Stellung:

Mehr als drei Jahre sind bereits seit dem Beginn der sogenannten Jugendunruhen in Zürich und anderen Schweizer Städten vergangen. Jugendpolitische Themen sind längst wieder aus den Schlagzeilen der Medien verschwunden... und ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt präsentiert die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz ihre «Positionen zur Jugendpolitik».

Ein Spätzünder oder der verzweifelte Versuch, nachträglich noch aus den unerfreulichen Ereignissen rund um die «Jugendunruhen» Kapital zu schlagen? Beide Vermutungen tönen nicht unwahrscheinlich, aber beide sind falsch.

Eine intensive Auseinandersetzung mit den drängenden jugendpolitischen Fragen ist im Moment so wichtig wie schon lange nicht mehr. Bei einem nicht zu unterschätzenden Teil der Bevölkerung — und auch bei einigen Politikern — besteht das Gefühl, man habe sich in den vergangenen drei Jahren nur allzuoft mit der Jugend und ihren Problemen befasst, jetzt sei es an der Zeit, sich anderen Themen zuzuwenden. Wie falsch diese Betrachtungsweise ist, wird jeder bestätigen, der mit offenen Augen die Entwicklung der letzten Monate verfolgt hat.

Das Drogenproblem nimmt beängstigende Ausmasse an, die internationale Jugendarbeitslosigkeit wird ständig bedrohlicher,



Sind Sie

am 10. September auch in Burgdorf an der Wahlkundgebung der FDP der Schweiz? Wenn Sie sich noch nicht angemeldet haben, so benützen Sie doch bitte untenstehenden Anmeldetalon.

Aus dem Programm: ab 9.40 Uhr Ankunft der fahrplanmässigen sowie Extrazüge aus allen Richtungen in Burgdorf. 10.00 Uhr Umzug durch Burgdorf zur Markthalle. 10.45 Uhr politische Manifestation mit Ansprachen der Bundesräte Chevallaz und Friedrich. Nach dem Mittagessen Unterhaltungsprogramm für gross und klein.

Anmeldetalon

Ja, wir kommen auch zur grossen FDP-Wahlkundgebung am 10. September nach Burgdorf. Wir sind... Erwachsene und... Kinder.

- Wir benützen die Bahn
 - Wir fahren mit dem Auto
- Zutreffendes bitte ankreuzen

Name _____

Strasse _____

PLZ/Wohnort _____

Bitte raschmöglichst einsenden, spätestens jedoch bis 5. September. Danke!

FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern

Bitte senden Sie mir... Exemplare der oben erwähnten «FDP-Positionen zur Jugendpolitik». Den Betrag von drei Franken je Exemplar werde ich mit dem der Sendung beiliegenden Einzahlungsschein begleichen.

Name _____

Strasse _____

PLZ/Wohnort _____

Einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern

Warum darf ein Wahlkampf nicht farbig sein?

Wir Freisinnigen sind der Ansicht, dass ein Wahlkampf auch etwas farbig sein darf. Nicht nur in der Sachpolitik, sondern auch in der Werbung. Denn ohne Werbung keine Parteien, ohne Parteien kein echter Wahlkampf. Wir Freisinnigen haben Argumente für unsere (Sach-)Politik. Sie können unsere Broschüre «Dazu stehen wir» mit den Aussagen zu unserer grundsätzlichen Haltung, aber auch zu aktuellen Fragen mit dem in diesem «Freisinn» auf Seite 3 abgedruckten Talon gratis bestellen.

Wir Freisinnigen meinen aber auch, dass wir uns von den anderen Parteien nicht nur durch unsere programmatischen Aussagen, sondern als Volkspartei auch durch unsere Bürgernähe unterscheiden. Deshalb haben wir auch unsere Accessoires geschaffen. Mit diesen können sie nicht nur Ihre freisinnige Haltung bezeugen, sondern auch einen Beitrag an unsere Wahlkosten leisten. Und dafür danken wir Ihnen herzlich!

Dieses hübsche Seiden-Foulard im Format 80 x 80 cm ist handrolliert und von ausgesuchter Qualität. Wurde speziell für die FDP kreiert!

Sporttasche mit Pfiff: aus weissem Leinen, innen PVC-beschichtet und mit Aussentasche. 22 x 28 x 44 cm gross.

T-Shirt für Junge und Jungebliebene. Aus 100% Baumwolle, in Kinder- und Erwachsenengrößen. Sportlich, praktisch, fröhlich.



Just walking in the rain... gut geschützt durch den Doppelschirm. Auch Ihr(e) Begleiter(in) ist perfekt geschützt. Geöffnet 130 cm Durchmesser!

Auch zum Sitzen eignet sich unser Sportschirm mit Klappsitzgriff und Standteller. Ideal bei Sportveranstaltungen. Geöffnet 115 cm Durchmesser.

Da gibt es nichts zu husten: unsere FDP-Halsfegerbombons sind ein Hit. Schon wegen der guten Sprüche im Wickelpapier. In transparenter Kilodose erhältlich.



Velofans und Wassersportler sollten nicht ohne diese rassige Sportmütze auf grosse Fahrt gehen. Aus Baumwolle, passend für alle (freisinnigen) Kopfgrößen.

Coupon

Die Idee mit den FDP-Werbemitteln und Accessoires finde ich gut. Ich mache mit und bestelle

die folgenden Artikel:

T-Shirt, Größen 10, 12, S-M-L-XL (gewünschte Grösse bitte einkreisen) à Fr. 18.—

Foulard Crêpe-de-Chine à Fr. 40.—

Sporttasche à Fr. 48.—

Halsfeger-Bonbons, Kilodose à Fr. 15.—

Sportmütze Baumwolle à Fr. 1.80.

Krawatte Seide/Polyester à Fr. 35.—

Portefeuille mit Agenda à Fr. 48.—

Sportjacke, Größen S-M-L-XL (gewünschte Grösse bitte einkreisen) à Fr. 120.—

Doppelschirm à Fr. 58.—

Sportschirm à Fr. 54.—

Feuerzeug (10er-Packung) à Fr. 13.50.

Kugelschreiber (10er-Packung) à Fr. 6.—

Schiebespiel à Fr. 2.80.

Anstecknadel à Fr. 10.—

- vorerst einmal den FDP-Prospekt «Jetzt tüchtig Flagge zeigen!», um in Ruhe auswählen zu können.
- Bitte senden Sie mir Informationen über die FDP der Schweiz.

Herrn/Frau/Frl.
Name, Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Bitte Gewünschtes ankreuzen bzw. einkreisen, Name und Adresse in leserlichen Druckbuchstaben eintragen und Coupon einsenden an:

Generalsekretariat
FDP der Schweiz
Postfach 2642, 3001 Bern

Aus echtem Rindsleder verarbeitet ist dieses praktische Portefeuille. Mit austauschbarer Agenda und mehreren Einsteckfächern.

Brennt mehr als tausendmal beim ersten Druck! Das FDP-Feuerzeug ist ein ideales «Give-away» am Stammtisch oder im Büro. Langzeitwerbewirkung. In Schachteln à 10 Stück erhältlich.

Stets zur Hand sollten Sie den FDP-Kugelschreiber haben. Die Mine kann ausgewechselt werden. Mindestbestellmenge 10 Stück.

Knifflig wie die Politik präsentiert sich das FDP-Schiebespiel. Fordert Scharfsinn und Vorstellungsvermögen heraus. Ideales Mitbringsel bei Einladungen.

Na, endlich, meinten viele, als sie von der neuen FDP-Anstecknadel hörten. Man sieht sie landauf landab an immer mehr freisinnigen Jackenrevers.

Diskret und doch deutlich geben Sie sich mit dieser eleganten Krawatte aus Seide/Polyester mit eingewebtem Signet als Freisinniger zu erkennen.

Wir stehen zu unserer politischen Haltung. Wir zeigen sie auch.

FDP

Freisinnig-Demokratische Partei



Die Bewältigung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten

Bessere Rahmenbedingungen statt Subventionen

Mit teilweise überbordender Zielstrebigkeit wurde angesichts der bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten ein Beschäftigungsprogramm lanciert und die Idee einer Innovationsrisikogarantie zur Diskussion gestellt. Diese Massnahmen sind jedoch keine Antwort auf die strukturelle Schwäche der Wirtschaft. Mit einer Broschüre («Verbesserung der Rahmenbedingungen — eine Notwendigkeit!») versucht der «Arbeitskreis Kapital in der freien Wirtschaft (akw)» eine Antwort zu geben. Nachstehend eine Zusammenfassung dieser Broschüre:

Im Zentrum der Broschüre stehen deshalb mit Blick auf die Zukunftssicherung unserer Wirtschaft die Unausgewogenheit zwischen öffentlichem und privatem Sektor wie auch zwischen Konsum- und Investitionskraft. Angesprochen werden deshalb vorab die Lohn-, Sozial-, Finanz- und Steuerpolitik.

Konkrete Forderungen

Im Interesse der Leistungskraft der Privatwirtschaft, die verantwortlich ist für über 70% der Arbeitsplätze sowie das finanzielle Rückgrat der Sozialeinrichtungen und der Aktivitäten der öffentlichen Hand bildet, werden konsequenterweise gefordert:

- Lohnpause, Lösen vom Indexautomatismus, Arbeitszeitverkürzungen kostenneutral, und zwar sowohl in der Privatwirtschaft wie bei der öffentlichen Hand;
- Ausrichtung der Sozialpolitik auf das langfristig Tragbare und Reduktion der Kosten für das Gesundheitswesen;
- Ins-Gleichgewicht-Bringen der öffentlichen Haushalte mit Schwergewicht auf den Sparmassnahmen;
- Entlastung vom Steuerdruck und Beseitigung der Mängel im Steuersystem.

Die Berechtigung dieser Postulate wird untermauert durch die in der Schrift dargestellten Fakten einerseits, die Aussenverflechtung unseres Landes, welche die internationale Wettbewerbsfähigkeit zum Massstab für die Leistungskraft unserer exportorientierten Unternehmungen macht, den Anpassungsdruck auf Grund der weltwirtschaftlichen und technologischen Veränderungen andererseits.

Zielkonflikte

Mit dem Hinweis auf den Zielkonflikt bei der Sanierung des Bundeshaushaltes und die Erfahrungen im In- und Ausland wird zu Recht das «Heilmittel» systemwidriger Interventionen der öffentlichen Hand abgelehnt. Postuliert wird der Verzicht auf wirtschaftspolitische Experimente bzw. das Festhalten an der bewährten Rollenverteilung zwischen öffentlicher Hand und privatem Sektor.

Was der Unternehmer braucht, sind nicht Subventionen — auch nicht im Form einer Innovationsrisikogarantie —, sondern Rahmenbedingungen, welche ausrei-

chend Spielraum zur Intensivierung von Forschung und Entwicklung, für offenes Marketing, die Modernisierung der Produktionsanlagen usw. schaffen. Um die Rahmenbedingungen in dieser Richtung zu verbessern, braucht es statt eines kurzfristigen punktuell-pragmatischen Handelns sowie der stetig zunehmenden Umverteilungs- und Fordernmentalität eine ganzheitliche und zukunftsichernde Betrachtungsweise und konkret ein verstärktes Masshalten in den konsumorientierten Forderungen und bezüglich der Leistungen der öffentlichen Hand. Es ist deshalb ein wichtiges Anliegen der Autoren, dass die Postulate als Gesamtpaket verstanden werden. Das punktuelle Argument, beispielsweise die Sanierung der

Die mit reichem Zahlenmaterial und Zitierten dokumentierte Schrift «Verbesserung der Rahmenbedingungen — eine Notwendigkeit!» kann bezogen werden beim «Arbeitskreis Kapital in der freien Wirtschaft», Postfach 176, 8034 Zürich. Dieser will einer weiteren Öffentlichkeit die Bedeutung und Funktion der Aktiengesellschaft, des Kapitals, insbesondere des Beteiligungs- oder Risikokapitals für eine gesunde Weiterentwicklung der Wirtschaft deutlich machen und ganz allgemein das Verständnis für unsere marktwirtschaftliche Ordnung vertiefen.

Bundesfinanzen löse keine Investitionen aus, ist deshalb nicht stichhaltig.

Modernisierung der Produktionsanlagen

Zudem muss unsere Industrie gerade wegen des harten Konkurrenzkampfes um die ge-

Autoren der Broschüre «Verbesserung der Rahmenbedingungen — eine Notwendigkeit!» sind Walter Hess, Industrieller; Dr. Albrecht Keller, Direktor + GF+; FDP-Nationalrat Hans Rüegg sowie Dr. Hans-Peter Schür, Konzernleitungsmitglied Ciba-Geigy. In der Schrift wird aufgezeigt, dass nicht nur aus konjunkturellen Gründen, sondern insbesondere wegen der strukturell ungünstigen Rahmenbedingungen die Finanzierungsbasis für Innovationen und Investitionen — Selbstfinanzierungskraft und Risikokapitalbildung — geschwächt ist.

schrumpfte Nachfrage Erneuerungsinvestitionen zur Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit vornehmen. Es geht also nicht primär um Expansion, sondern um die Modernisierung der Produktionsanlagen. Die Konkurrenz in den aufkommenden Entwicklungslän-

dern verfügt nicht nur über den Vorteil tieferer Arbeitskosten; sie investiert auch mehr in ihre Produktionsstätten. Der Ersatz veralteter Anlagen würde endlich auch die für unsere bedeutende Investitionsgüterindustrie notwendige Nachfragebelegung bringen. Diese Postulate werden akzentuiert durch

● die begrenzten Möglichkeiten der Schweizerischen Nationalbank, überschüssenden Wechselkursen entgegenzusteuern,

● die Probleme der Oekologie, des Nord-/Südgefälles, der Rohstoff- und Energieversorgung, de-

Unnötig und unerwünscht

Die FDP zur Schaffung einer Innovationsrisikogarantie

Mit Erstaunen hat die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) von der Präsentation einer Botschaft des Bundesrates zur Schaffung einer Innovationsrisikogarantie Kenntnis genommen. Aus dem Vernehmlassungsverfahren, bei dem die Antworten nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ zu bewerten sind, ist unmissverständlich hervorgegangen, dass die von der Gründung einer solchen neuen Institution direkt betroffenen Kreise eine solche weder für nötig noch für tauglich halten. Statt dieses neue Instrument zu schaffen, das ordnungspolitisch fragwürdig ist, wäre die Landesregierung besser beraten gewesen, die Uebung abzubrechen.

Es ist nun an den eidgenössischen Räten, einem neuen staatlichen Interventionismus, der zudem der Eidgenossenschaft die schlechten Risiken und damit die finanziellen Konsequenzen überlässt, Einhalt zu gebieten. Die bundesrätliche Vorlage liegt im übrigen auch quer in der finanzpolitischen Landschaft. Während auf der einen Seite Sparanstrengungen unternommen werden, gibt die andere Hand grosszügig nicht vorhandene Mittel aus. Statt neue gefährliche wirtschafts- und finanzpolitische Präjudizien zu schaffen, wäre der Bundesrat nach Ansicht der FDP besser beraten, die längerfristigen wirtschaftspolitischen und fiskalischen Rahmenbedingungen zu verbessern. — Zustimmung findet bei der FDP der zweite Teil des Massnahmenpaketes zugunsten der schweizerischen Wirtschaft, die Förderung regionalpolitischer Massnahmen.

ren Lösung eine intakte Wirtschaft und technischen Fortschritt voraussetzt.

Sozialpartnerschaftliches Klima

Ein wichtiges Anliegen ist den Autoren aber auch die Verbesserung des sozialpartnerschaftlichen und gesellschaftspolitischen Klimas. Im Zusammenhang mit ersterem wird hingewiesen auf den Vormarsch der Mikroelektronik, welcher mit schwierigen Anpassungsproblemen verbunden ist. Ein faires Gesprächsklima ist um so notwendiger, als sich die technologischen Veränderungen vor dem Hintergrund einer schwierigen weltwirtschaftlichen Lage vollziehen. Im Zusammen-

hang mit dem gesellschaftspolitischen Klima wird auf die Tatsache verwiesen, dass die Wirtschaft, vorab das Unternehmertum, die multinationalen Unternehmen, die Grossbanken in gewissen Kreisen zum eigentlichen Feindbild gemacht wurden. Die Forderung geht dahin, der Verketzerung der Wirtschaft und der Technologie sowie allgemein dem ideologisch gefärbten Zukunftspessimismus durch sachliche Information zu begegnen und vor allem das Gespräch mit der Jugend zu suchen.

Nicht vergessen

FDP-Wahlkundgebung

Samstag, 10. September
Burgdorf

Lese-Tips

Versagt die institutionelle Politik?

Seit 1977 führt das Forschungszentrum für schweizerische Politik der Universität Bern in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Gesellschaft für praktische Sozialforschung nach jeder eidgenössischen Abstimmung eine Repräsentativumfrage durch (sogenannte VOX-Analysen). Diese wissenschaftlichen Nachuntersuchungen stellen eine Pionierleistung in der schweizerischen Abstimmungsforschung dar.

Die VOX-Analysen bilden die Grundlage des empirischen ersten Teils des Buches «Der Stimmbürger und die „neue“ Politik», welchen Dr. Hertig verfasst hat. In den Mittelpunkt der Untersuchungen wird die sogenannte materielle Problemlösungskapazität der Stimmbürger gestellt. Damit ist die Fähigkeit gemeint, eine Vorlage inhaltlich, «in der Sache», zu verstehen und auf der Basis dieser Sachkenntnis zu entscheiden.

Die nach Merkmalsgruppen und Vorlageart differenzierten Untersuchungen zeigen, dass sich oft eine Mehrheit der Stimmbürger mit einer Vorlage nicht auseinandersetzt oder beim entsprechenden Versuch kognitiv scheitert. Sie verbieten, vom Idealbild des aktiven, mündenden und rational abwägenden Stimmbürgers auszugehen. Behörden, Parteien (beispielsweise sind die Abstimmungsparolen ungenügend bekannt) und Verbänden, aber auch dem Stimmbürger wird ein schlechtes Zeugnis ausgestellt.

Im zweiten Teil des Buches befasst sich Prof. Gruner, der bisweilen erstaunlich aggressiv formuliert, hauptsächlich mit der begrifflich unscharfen extrainstitutionellen Politik. Als Hauptträger der «neuen» Politik erscheinen ihm die verschiedenen Alternativbewegungen. Vorangestellt sind dabei Ausführungen über die Erschütterungen in den sozialen und politischen Fundamenten Familie und Nationalstaat und, daran anschliessend, über neue Lebensformen Jugendlicher. Die jugendlichen Verweigerer gelten ihm als Vorhuttruppen der Alternativbewegung.

Ungesichert sind die Angaben über die zahlenmässige Stärke der Alternativszene und die daran geknüpfte Behauptung, die Alternativbewegungen hätten die traditionellen Parteien überflügelt.

Prof. Gruner übt massive Kritik an Behörden und Parteien; sie seien volksfremd geworden. Er beklagt die «Konturlosigkeit unserer Allerweltparteien». Sie seien nicht in der Lage, die Warnzeichen der Alternativbewegung (Vertrauenskrise) wahrzunehmen und vernünftig zu verarbeiten. Die «neue» Politik verdiene mehr Aufmerksamkeit. Die Parteien verfolgten vorab eine kurzfristige und wahltaktische Strategie und vernachlässigten es, in die Zukunft weisende Leitbilder zu entwerfen.

Die Ausführungen Prof. Gruners sind spekulativ; sie vermögen sich insbesondere nicht auf die VOX-Analysen abzustützen. Besonders deutlich ist der spekulative Charakter bei den Behauptungen über die zahlenmässige Stärke der Alternativbewegung. Prof. Gruner idealisiert über weite Strecken die Alternativszene und unterschätzt die Entwicklungsfähigkeit der traditionellen Parteien. Es fehlt etwa der Hinweis, dass viele Jugendliche durchaus bereit sind, sich in der institutionellen Politik zu engagieren und ihr neue Impulse zu verleihen.

Es ist allerdings zuzugestehen, dass die institutionelle Politik in unserem Konkordanzsystem bisweilen Mühe bekundet, wichtige Fragen gut und zeitgerecht zu lösen. Das Konkordanzsystem mit seiner geringen Konfliktintensität und seinen ausgeprägten Kompromissmissen («Flickwerke») wäre trotz seinen grossen historischen Meriten grundsätzlich zu überprüfen.

Uebrigens macht das durchaus anregende Buch deutlich, dass die Parteien vor grossen Aufgaben stehen, z. B. auch, wie zutreffend ausgeführt wird, im Gebiet der innerparteilichen Integration.

Markus Beer, Bern
Erich Gruner, Hans Peter Hertig: Der Stimmbürger und die «neue» Politik. Bern, Stuttgart; Haupt 1983.

Vermögensverwaltung und Beratung für private und institutionelle Anleger

J.VONTOBEL & CO.

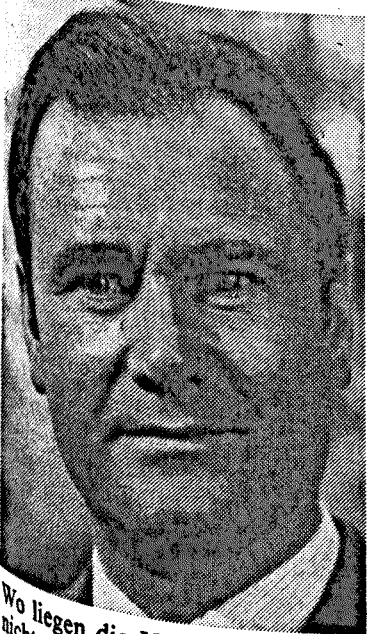
Bankiers

Bahnhofstrasse 3 CH-8022 Zürich Telefon: 01 488 71 11
Telegramme: CAPBANK Telex: 812 306

Wir brauchen die Bahn — aber Defizit muss gemildert werden

Wohin fahren die SBB?

Seit einem Jahrzehnt weisen die SBB zum Teil massive Fehlbeträge auf. Damit belasten sie die Bundeskasse. Massnahmen zur Behebung dieses Missstandes sind unumgänglich geworden. FDP-Nationalrat Burkhard Vetsch, Balgach SG, der sich in den eidgenössischen Räten verschiedentlich Verkehrsfragen angenommen hat, schildert die gegenwärtig wenig erfreuliche Situation:



Wo liegen die Ursachen? Gewiss nicht zu Unrecht wird namentlich von Seiten der SBB auf den Ausbau des Nationalstrassennetzes und die damit verbundene enorme Steigerung der Leistungsfähigkeit der Strassentransporte hingewiesen. Die Finanzierung ohne Verschuldung gesichert, während für die Modernisierung des öffentlichen Verkehrs die Mittel nicht genügen. Die Investitionen müssten von den Unternehmungen zu einem grossen Teil amortisiert werden. Die Schiene habe dadurch ihre Konkurrenzfähigkeit verloren. Die ungleichen durch verkehrspolitische Entscheidungen wie die Einführung einer Schwerverkehrsabgabe angeglich werden.

Die Verantwortung liegt nicht bei den Lastwagen. Diese Begründung allein genügt nicht. Eine Abgabe auf Lastwa-

gen — und eine solche ist nur so weit gerechtfertigt, als der Strassen-Schwerverkehr die von ihm verursachten Kosten nicht deckt (Verursacherprinzip) — reicht bei weitem nicht aus, um die SBB wieder konkurrenzfähig zu machen. Trotz starker Zunahme des Güterverkehrs sind bei den SBB die transportierten Tonnagen wie auch die Tonnenkilometer im Jahre 1982 tiefer als 1970. Allein der Wagenladungsverkehr, ein bahngerechter und einst gewinnbringender Bereich der SBB, weist 1981 einen Fehlbetrag von 300 Millionen Franken aus. Es ist nicht einzusehen, weshalb diese Transporte aus der Bundeskasse subventioniert werden sollen.

SBB-Linien aufgeben?
Untätig geblieben ist man bei den SBB nicht, wenn man auch zuzuständigenorts nicht frühzeitig genug mit der bedenkliehen Entwicklung angemessenen Entschlossenheit reagiert hat. Im «Bericht 1977» legten die SBB fünf mögliche Angebotskonzeptionen und ihre finanziellen Auswirkungen dar. Sie reichten von der Beibehaltung des Status quo bis zum massiven Leistungsabbau, nach dem nur noch Schnellzüge und Wagenladungen auf den wichtigsten und besten Linien geführt würden.
Der Bundesrat lehnte, dem SBB-Verwaltungsrat folgend, einschneidende Beschränkungen von Netz und Leistungen ab. Er stimmte einer Angebotsvereinbarung zu, die im wesentlichen die Umwandlung von besetzten in nicht besetzte Stationen, die Optimierung des Betriebs der Regionallinien und ein neues Stückgutkonzept vorsah. Damit sollten jährliche Einsparungen von 70 bis 100 Millionen Franken erzielt werden.
Der Leistungsauftrag
Mit dem Leistungsauftrag 1982 an die SBB haben die eidgenössischen Räte diese Politik im wesentlichen bestätigt. Die Bundesbahnen haben einen umfangreichen Auftrag. Laut Gesetz haben sie der Volkswirtschaft und der Landesverteidigung zu dienen. Bei der Tarif- und Fahrplanpflicht haben sie auf die volkswirtschaftlichen Bedürfnisse Rücksicht zu nehmen. Dies allerdings nur, soweit es ihre finanziellen Mittel gestatten. Solche Rücksichtnahme ist also in der gegenwärtigen Situation der hohen Fehlbeträge nicht möglich. Trotzdem ist der Tarifspielraum durch die harte Konkurrenz stark eingengt. Ferner verpflichtet das Gesetz die Bundesbahnen, nach gesunden betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zu arbeiten. Also sind wiederholte Defizite zu vermeiden und unrentable Leistungen abzubauen oder aber, wenn sie der Staat im öffentlichen Interesse verlangt, von diesem zu bezahlen. Diese sogenannten gemeinwirtschaftlichen Leistungen der SBB werden im Leistungsauftrag umschrieben und deren Abgeltung von 269 auf 609 Millionen Franken im Jahre 1982 festgesetzt.

Der Bund lässt die Bahn wahrlich nicht im Stich!
Zur Verbesserung der finanziellen Basis hat das Parlament 2,2 Milliarden Franken Bundesdarlehen

Er muss jetzt ausgewertet werden.
So ist der Bund bemüht, die Rahmenbedingungen für seine Bahn zu verbessern und den veränderten Ansprüchen anzupassen. In diesem Rahmen hat aber die Unternehmungsführung selbst die erforderlichen Massnahmen zu treffen und die Zielvorgaben entschlossen zu verfolgen. Einen hoffnungsvollen Schritt haben Verwaltungsrat und Generaldirektion mit dem «Aktionsprogramm 1982-84» zur weiteren Verbesserung der Effizienz und der Wirtschaftlichkeit eingeleitet. Die Hauptziele sind die Stärkung der Führung, die Reduktion des administrativen Aufwandes und die Rationalisierung des Produktionsapparates. Ein erstes Ergebnis dieses Aktionsprogrammes liegt mit dem Hayek-Bericht vor, der hoffentlich wirksame Massnahmen auslösen wird.

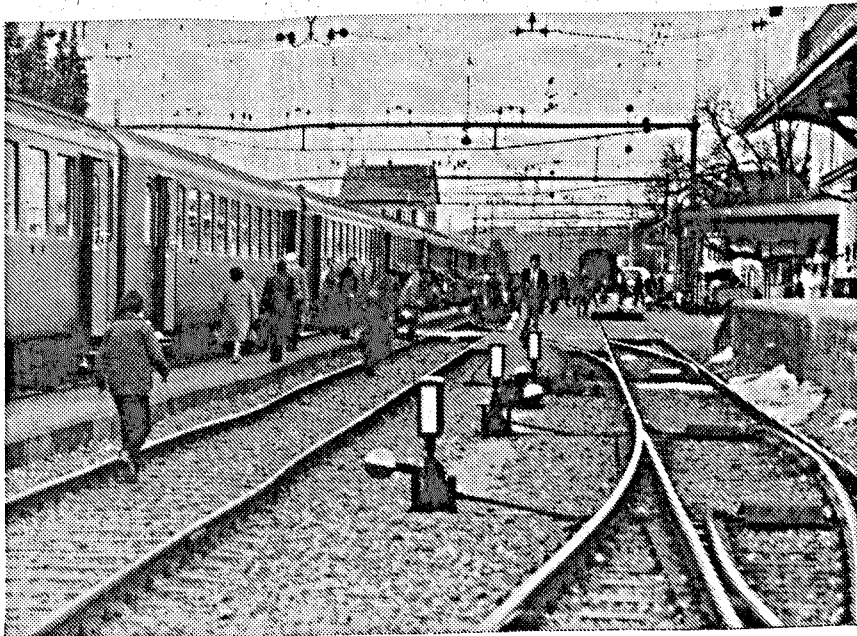
Wir brauchen die Bahn
Wir brauchen heute und noch mehr in Zukunft leistungsfähige Bahnen. Wenn unser Nationalstrassennetz vollumfänglich erstellt ist, kann es kaum mehr wesentlich erweitert werden. Steigt das Verkehrsaufkommen weiter, muss ein wachsender Anteil wessengerecht auf der Schiene abgewickelt werden. Die Bahn ist umweltfreundlich und energiesparend. Dies sind gute Gründe, um ihre Leistungsfähigkeit den künftigen Bedürfnissen entsprechend zielgerichtet zu verbessern.
Der Bund ist daran, die Grundlagen für eine koordinierte Verkehrspolitik (Gesamtverkehrskonzepte) zu erarbeiten. Diese Vorlage liegt nun beim Parlament. Damit sollen wesentliche Voraussetzungen für die Bewältigung des künftigen Verkehrs und zur Förderung des öffentlichen Verkehrs geschaffen werden. Schiene und Strasse werden ihre Aufgaben zu lösen haben. Gerade der Strassenverkehr muss daran interessiert sein, will er nicht ersticken, dass ihm leistungsfähige Bahnen zur Seite stehen.

Letztmals voll saniert wurden die SBB 1944. Der Bund übernahm ab 1945 1,3 Milliarden Franken SBB-Schulden, wovon 400 Millionen Franken als Dotationskapital bezeichnet wurden und von den SBB variabel zu verzinsen waren. Nach diesem Schritt war «unsere nationale Bahn» elf Jahre lang voll selbsterhaltend, ohne jede Abgeltungszahlung für sogenannte gemeinwirtschaftliche Leistungen; sogar das Dotationskapital wurde verzinst, wengleich nicht zum marktmässigen Satz. Eine Teilsanierung erfolgte 1961: Uebernahme von 400 Millionen Franken Schulden durch den Bund in der Form der Erhöhung des Dotationskapitals auf 800 Millionen Franken. Inzwischen hat die jährliche Finanzlast des Bundes durch die SBB die «Schallmauer» von einer Milliarde Franken durchbrochen.

Gewinn- und Verlustrechnung

	1978	1979	1980	1981	1982 ¹
in Millionen Franken					
Ertrag	183,9	219,8	285,5	169,4	351,8
Aufwand	806,5	844,2	879,0	929,8	850,2
Fehlbetrag des Jahres	622,6	624,4	593,5	760,4	498,4

¹ Einschiesslich Anpassungen gemäss Leistungsauftrag an die SBB und Erhöhung des Dotationskapitals.



Verkehrsleistungen und Verkehrserträge

	1978	1979	1980	1981	1982
Beförderte Personen (Mio.)	203,4	205,6	216,3	218,2	217,0
Einnahmen aus dem Personenverkehr (Mio. Fr.)	863,0	868,2	942,5	966,6	1011,9
Beförderte Gütertonnen (Mio.)	39,9	44,0	46,3	45,3	41,9
Einnahmen aus dem Güterverkehr (Mio. Fr.) ..	974,3	1034,6	1128,9	1106,2	1102,7

Während der zwei Jahre 1980/81 befassten sich über 100 parlamentarische Vorstösse direkt oder indirekt mit den SBB! Der Bundesrat hat Prof. Rühli beauftragt, das Verhältnis Unternehmung und Politik, die Organisation und Kompetenzregelung zu durchleuchten und Verbesserungen im Sinne klarer Zuständigkeiten vorzuschlagen. Der Bericht liegt vor.

Finanzielle Belastung des Bundes durch die Leistungen an die SBB
Der Bundeshaushalt wird durch die Leistungen an die SBB (ohne Baubeiträge) in den Jahren 1982 bzw. 1983 wie folgt belastet:

	Rechnung 1982	Voranschlag 1983
in Mio. Fr.		
Abgeltung regionaler Personenverkehr	460	493
Finanzhilfe Stückgutverkehr ..	150	125
Defizitdeckung Huckepackverkehr ..	—	10
Nichtverzinsung (Vorjahr)	760	498
Kapital	150	150
Total Belastung Bund	1520	1276

Mit dem Leistungsauftrag wurden 2200 Millionen Franken Bundesdarlehen in Dotationskapital umgewandelt, wovon dieses von 800 Millionen auf 3000 Millionen Franken stieg. Der Bund musste diese Mittel, die den SBB zur Verfügung stehen, durch Verschuldung verschaffen und verzinsen. Bei einem angenommenen Verzinsungssatz von 3 Prozent ergeben sich für den Bund Kosten von 150 Millionen Franken jährlich.



«Gesunde Wirtschaft — sichere Arbeitsplätze»

Wirtschaftsankurbelungsthesen der FDP der Schweiz

An einer Pressekonferenz in Bern hat die FDP der Schweiz Thesen und Vorschläge zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und zur langfristigen Sicherung der Arbeitsplätze vorgestellt. Das Gespräch stand unter der Leitung von Parteipräsident Yann Richter. Nationalrat Kurt Schüle (Schaffhausen) erläuterte die ablehnende Haltung der Partei gegenüber der Schaffung eines Innovationsrisikogarantiefonds. Nationalrat Kaspar Viliger (Pfeffikon LU) präsentierte als indirekten Gegenvorschlag zu diesem Fonds die FDP-Thesen, und Nationalrat Pascal Couchepin (Martigny) nahm zu den FDP-Vorschlägen aus dem Blickwinkel eines Randkantons Stellung.

Die schweizerische Wirtschaft muss wieder in Schwung kommen — diese Ansicht ist unbestritten. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es nach freisinniger Auffassung der Privatinitiative, der unternehmerischen Risikofreude und des Mutes zu Investitionen und Innovationen. Der Staat kann der Wirtschaft diese Aufgabe nicht abnehmen. Er hat aber nach Meinung der FDP jene Stabilität und jenes Klima zu schaffen, das die Marktwirtschaft zur Entfaltung der ihr innewohnenden Kräfte braucht. In diesem Sinne hat die FDP konkrete Vorschläge unterbreitet.

Die FDP-Thesen «Gesunde Wirtschaft — sichere Arbeitsplätze» können auf dem Generalsekretariat der FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern, bezogen werden.

Friedenssicherung durch glaubwürdige Landesverteidigung

Für einen Frieden in Freiheit

Die Diskussionen der letzten Monate haben erneut gezeigt, dass der Begriff Friede sehr unterschiedlich ausgelegt werden kann. Unbestrittenermassen ist Friede ein Grundbedürfnis der Menschen. Er ist mit allen Mitteln anzustreben. Ueber das «Wie» gehen die Meinungen allerdings auseinander. Für eine Friedenssicherung durch eine glaubwürdige Landesverteidigung plädiert FDP-Nationalrat Dr. Paul Wyss (Basel):



Entscheidend ist die Einsicht, dass ein dauerhafter Friede sich auf Freiheit und Recht für alle gründet. Dazu ist es unerlässlich,

dass unser Land, unsere Behörden und alle Bürger alles unternehmen, um sich für eine aktive Friedenspolitik einzusetzen. Dies als längerfristige Zielsetzung. Aber was ist in der unmittelbaren Zukunft zu tun? Was geschieht in unseren Nachbarländern, was in Europa, was weltweit? Haben wir als Kleinstaat mit unserer Aussenpolitik überhaupt eine Chance? Haben wir genügend Gewicht zur politischen Einflussnahme?

Leider sehr wenig! Also müssen wir dieser Situation Rechnung tragen und beides machen: Einerseits uns für den Frieden einsetzen, mithelfen, Spannungen abzubauen, und andererseits gleichzeitig so lange wehrbereit bleiben, als die Gefahr von Kriegs- bzw. kriegsähnlichen Handlungen für unser Land besteht.

Ein Bild aus dem Alltag soll dies verdeutlichen. Sicher ist jeder

Bürger an sich friedfertig und nicht zum vornherein aggressiv. Wird er aber in irgendeiner Situation körperlich angegriffen, so ist derjenige, der fit ist oder sogar einen Judokurs oder etwas Ähnliches besucht hat, im Vorteil. Er kann sich verteidigen, weil er vorbereitet ist, und wenn er sich berechtigterweise zur Wehr setzt, kann doch niemand behaupten, er sei deswegen gegen den Frieden.

Der Vorbereitete hat immer mehr Chancen

Das Bild ist natürlich nicht vollständig und könnte beliebig erweitert werden. Als Beispiel gilt auch das Ueberleben eines Betriebes, der qualitativ und kostenmässig den Konkurrenten überlegen ist, weil er sich für den Wettbewerb vorbereitet hat.

Diese aus dem täglichen Leben herausgegriffenen Beispiele zeigen, dass der Vorbereitete immer mehr Chancen hat als der Unvorbereitete.

Auf unser Thema bezogen heisst das: Wir müssen und wollen den Frieden sichern. Unsere Unabhängigkeit hat einen hohen Stellenwert, und unser Staat hat auch gemäss Verfassung die Aufgabe, die Freiheit und Sicherheit seiner Einwohner zu schützen, und damit auch das Recht und die Pflicht, dies auch gegen aussen zu tun, wenn er bedroht bzw. angegriffen wird. Allerdings können Bedrohungsarten heute nicht mehr rein militärisch betrachtet werden.

Vielfalt von Bedrohungsmöglichkeiten

Deshalb haben wir ja in der Schweiz auch ein Konzept zur Gesamtverteidigung, welches die militärischen und zivilen Bereiche umfasst und gewährleisten soll, dass durch die Mitwirkung aller — also auch der Frauen — unser neutraler Staat erhalten bleibt. Dazu braucht es eine klare Sicherheitspolitik, die der Vielfalt der Bedrohungsmöglichkeiten entgegenwirkt, und ihr Hauptinstrument ist unsere Armee. Sie soll durch ihre Kampfkraft, verbunden mit unserem für die Abwehr günstigen Gelände, einen allfälligen Angreifer davon abhalten, unser Land anzugreifen. Solange die weltweiten Abrüstungsbestrebungen nicht von Erfolg gekrönt sind, besteht für uns kein Anlass, als Kleinstaat mit einer einseitigen Abrüstung den Anfang zu machen.

Wie stark soll unsere Armee sein?

Die Frage ist einfach zu beantworten: sie muss einer möglichen Bedrohungslage überzeugend begegnen können, und zwar mit den

Stellungnahme des Generalstabschefs

«Einwände nicht stichhaltig»

Der Beitrag in der letzten «Freisinn»-Ausgabe von Dr. Oskar Fritschi (Wetzikon ZH) mit dem Titel «Glaubwürdigkeit der Armee nicht aufs Spiel setzen» hat den Generalstabschef herausgefordert. Nachstehend die Reaktion von Korpskommandant Jörg Zumstein:

Die Lektüre des Artikels «Glaubwürdigkeit der Armee nicht aufs Spiel setzen!» lässt den Eindruck entstehen, das EMD — und mit ihm die militärischen Planungsinstanzen — hätte keine klaren Vorstellungen über die Rüstungsprioritäten.

Es ist dem Verfasser zugute zu halten, dass viele Medien mit ihren Kommentaren und der Veröffentlichung von aus dem Zusammenhang gerissenen Dokumenten dieser Meinung Vorschub geleistet haben.

Tatsache ist, dass das EMD im November 1982 in Magglingen der Öffentlichkeit mit dem neuen Armeeleitbild auch die Rüstungsschwerpunkte des Ausbaus 1984—87 vorgestellt hat. Die im Artikel erwähnten wesentlichen vier Beschaffungsprogramme sind alle schon damals präsentiert worden, wenn auch seither — Planung steht eben nicht still! — Präzisierungen hinzugekommen sind.

Es ist auch nicht zulässig, die Beschaffung von 1200 schweren Lastwagen und die Einführung eines neuen Sturmgewehrs unter dem reinen Aspekt der Arbeitsplatzsicherung zu betrachten. Zwar waren schon 1982 eine erste Serie von 400 Lastwagen eingepflichtet und die folgenden zwei Tranchen von je 400 Lastwagen vorerst nur als Optionen aufgeführt, doch änderte sich das Bild drastisch, als mit der Einstellung der Lastwagenfabrikation bei Saurer klar wurde, dass diese Optionen nicht mehr ausgeübt und folglich die zuerst bestellten 400 schweren Lastwagen ein Torso bleiben würden. Die Gruppe für Rüstungsdienste und die Armee waren an der Entwicklung dieser Fahrzeuge massgeblich beteiligt. Die Armee hat übrigens einen jährlichen Erneuerungsbedarf von rund 200 Lastwagen, was be-

legt, dass die jetzt laufende Lieferung nicht einmal den Erneuerungsbedarf deckt.

Der Abbruch einer Beschaffung auf halbem Weg wäre höchst unrationell gewesen und hätte ungewollte, sofort eine neue Entwicklung und Evaluation zu bewirken — oder dann auf ein ausländisches Produkt umzusteigen. Das Parlament hat es in dieser Situation vorgezogen, statt der stufenweisen Einführung gleich die ganze Serie von 1200 Fahrzeugen in Auftrag zu geben.

Auch der Einwand ist nicht stichhaltig, man könne die fehlenden Lastwagen «in einem Ernstfall in grosser Zahl requirieren». Die Armee braucht ständig ein Minimum von eigener Transportkapazität, damit sie — ohne einkaufliche Mobilmachungsmassnahmen — aus dem Stand zu handeln in der Lage ist. Und dies ist ein Schwergewicht des neuen Armeeleitbildes!

Auch die Aussagen zum neuen Sturmgewehr müssen korrigiert werden. Wenn wir vermeiden wollen, weiterhin das «alte» Sturmgewehr 57 für die Ausrüstung unserer Soldaten nachzuführen, dann wird die Beschaffung einer Nachfolgegewehr dringend. Unsere Armee hat in der Vergangenheit im Mittel alle 23 Jahre eine neue Handfeuerwaffe eingeführt. Wenn das Sturmgewehr 90 in grösseren Mengen zur Truppe kommt, werden seit der letzten Einführung einer neuen Handfeuerwaffe 37 Jahre vergangen sein! Es ist auch nicht zulässig, das Sturmgewehr 90 als «Panzeranklopfgerät» zu bezeichnen: diese Waffe wird überhaupt nicht zur Panzerabwehr eingeführt, da die Gewehrgranaten auf dem modernen Gefechtsfeld für diese Aufgabe zusehends nicht mehr genügen.

modernsten Mitteln, abgestützt auf unser abwehrstarkes Gelände. Dass dabei einem Kleinstaat Grenzen gesetzt sind, ist klar. Deshalb sind Schwerpunkte zu setzen und dafür die entsprechenden finanziellen Mittel bereitzustellen.

Es sei unmissverständlich wiederholt: Wir wollen den Frieden sichern, indem wir wehrhaft bleiben. Die Wehrfähigkeit wiederum hängt ab vom Wehrwillen der Bürger, und dieser Wehrwille hängt von der Tatsache ab, dass der Friede nur durch eine glaubwürdige Landesverteidigung gesichert werden kann.

Referendumsvorlagen

Folgende Beschlüsse der eidgenössischen Räte unterstehen gegenwärtig dem Referendum (Frist bis 3. Oktober):

- Bundesgesetz über Beiträge an die Kantone Graubünden und Tessin zur Förderung ihrer Kultur und Sprache.
- Bundesgesetz über Massnahmen zur Verbesserung des Bundeshaushaltes.
- Bundesbeschluss betreffend den Abschluss von Abkommen über Schutz und Förderung von Kapitalinvestitionen.
- Bundesbeschluss betreffend die Genehmigung des Uebereinkommens über den internationalen Eisenbahnverkehr.

Zu Wahlen gehören nicht nur Veranstaltungen im «Bären» und «Löwen», sondern auch Werbematerialien. Mit der FDP-Krawatte, dem FDP-Foulard und den weiteren FDP-Accessoires zeigen die Freisinnigen Flagge. Aber auch mit Klebern, wie unser Bild zeigt, die beim FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern, bezogen werden können.

Comme ils aiment la ces radica
Un Etat bon à tout propre à rien.
Les radicaux: du cran et du cœur.
Dazu stehen wir. Obacht auf Linksabbieger! Zielsetzungen 79/83
Vorsicht bei Schwarzfahrern! Mit uns fährt man besser.
Bei Rot: rechtzeitig bremsen! Damit wir nicht ins Schleudern
Klare Sicht, sichere Fahrt
FDP

BANK JULIUS BÄR ZÜRICH

Devisen- und Edelmetallhandel

Zürich 01 228-51-11 London 0044 1 623-42-11
New York 001 212 949-90-44